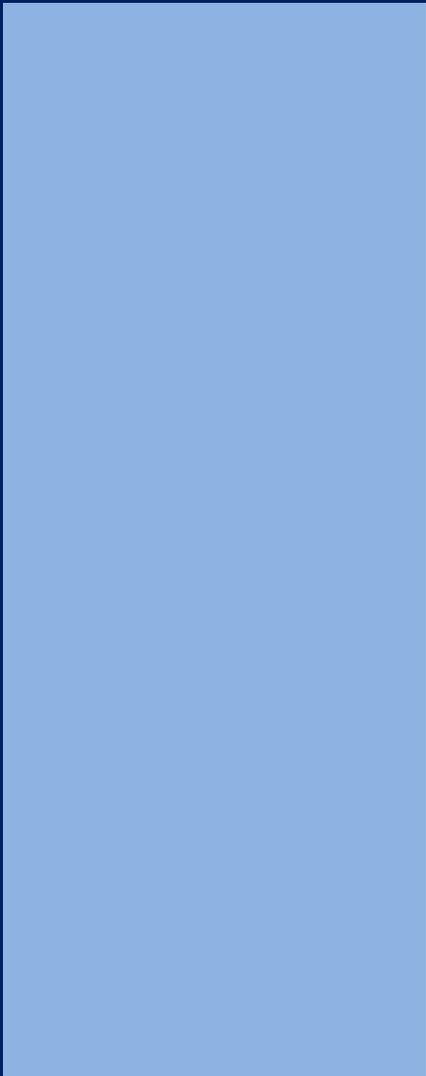




Quo vadis Schwampel?

Eine Analyse der bündnisgrünen Koalitionsdebatte
im Vorfeld der Bundestagswahl 2009



Christian Beyer

▶▶ Quo vadis Schwampel?

Aufsatz frei verfügbar auf der Internetseite des
DVPW-Arbeitskreises *Parteienforschung*:

www.akpf.uni-trier.de

© Christian Beyer Universität Bremen
April 2009

Kontakt: christian-beyer@gmx.net

Gliederung

1. Einleitung	01
2. Koalitionsmodelle in der Politikwissenschaft	02
2.1 William H. Riker: Das Streben um Ämter (,office seeking‘)	02
2.2 Paul A. Sabatier: Die Advokatenkoalition (,policy seeking‘).....	04
3. Koalitionsvereinbarungen in der Bundesrepublik Deutschland	06
3.1 Koalitionsvereinbarungen auf Bundesebene nach 1949	07
3.2 Koalitionsvereinbarungen auf Länderebene nach 1990	10
4. Koalitionsdebatte 2009: Wie steht die grüne Partielite zur ‚Schwampel‘?	13
4.1 Printmedienanalyse: Das mediale Echo der Süddeutschen Zeitung	13
4.2 Fragebogenanalyse: Befragung der grünen Mitglieder des 16. Bundestages.....	18
5. Fazit: Schwarz-Gelb-Grün im 17. Bundestag?	23
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis.....	25
Literaturverzeichnis.....	26
Anhang	31

1. Einleitung

„Schwarz-Grün steht für eine neue Bürgerlichkeit. Das ist kein Parteiprojekt, sondern etwas, das sich gesellschaftlich bereits entwickelt hat – und in einer Koalition aus CDU und Grünen seinen politischen Ausdruck fände“ (zit. n. Pflüger 2007: 68).

Mit diesen Worten entfacht Ralf Fücks 2007 erneut eine parteiübergreifende Diskussion über schwarz-grüne Koalitionsbestrebungen. Bereits zur Bundestagswahl 2005 erlebt die Diskussion über das *Jamaika*-Modell eine Renaissance – zum ersten Mal besitzt keines der tradierten Lager eine Mehrheit der Mandate. Doch während der namensgebende Südseestaat selbst lediglich ein Zweiparteiensystem kennt, befindet sich ein real existierendes Regierungsbündnis aus Christdemokraten, Liberalen und Grünen im kalten Norden Europas: in Finnland. Dabei bedarf es gar keiner Weltreise, um weitere empirische Beispiele zu nennen: Im näheren Umkreis untersteht Oldenburg einem schwarz-grünen Magistrat, Hamburg gar einer schwarz-grünen Landesregierung.

Die Idee der Zusammenarbeit von Grünen und Konservativen ist nicht neu. Mit Herbert Gruhl ist 1980 eines der grünen Gründungsmitglieder ehemaliger CDU-Abgeordneter (vgl. Klein/Falter 2003: 40). 1983, als die ideologischen Gräben zwischen Linken und Rechten unüberbrückbar scheinen, überrascht Rudolf Bahro auf einer Bundesdelegiertenkonferenz seine Zuhörer mit der Feststellung, dass Grüne sich „in Bezug auf die Bewahrung und Wiederherstellung menschlicher Werte (...) – gegen den praktischen Materialismus der CDU – als die wahren Konservativen erweisen (würden)“ (Bahro 1983: 73). Im gleichen Atemzug zerstreut er jedoch mögliche Koalitionsoptionen: Grün passe zu keiner anderen Parteienfarbe (vgl. ebd.). Diese Feststellung ist altbacken. In den Schröder-Kabinetten stellt die Partei ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis. Wählte man den 17. Bundestag schon heute, so entstünde laut einer Emnid-Umfrage vom 29. April keine bürgerliche Mehrheit (vgl. Emnid 2009). Das öffentliche Urteil über die Große Koalition scheint jedoch gefestigt: „Bloß weg damit nach der Wahl“ (Fahrenholz 25.02.09: 4). Immer häufiger liest man daher von Dreierbündnisplänen verschiedenster Couleur. Neben der rot-gelb-grünen Variante bleibt das (ungeliebte) Projekt einer schwarzen Ampel interessant, sollte die Union nach dem 27. September weiterhin als stärkste Fraktion ihren Anspruch auf das Kanzleramt erheben. Somit lässt sich der eigentümliche Titel der Hausarbeit erklären. In den Kapiteln 4 und 5 möchte ich der Frage nachgehen, welche Chancen und Risiken *im Allgemeinen* mit der Bildung einer Dreierkoalition und *im Speziellen* unter Beteiligung von CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen einhergehen. Den Anfang macht eine Einführung in die Koalitionstheorie, deren zentrale Modelle anschließend auf die bundesdeutsche Empirie angewandt werden (Kap. 2,3).

2. Koalitionsmodelle in der Politikwissenschaft

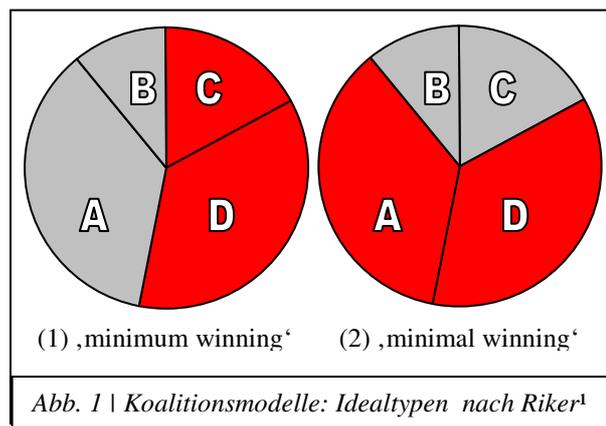
Sabine Kropp und Roland Sturm konstatieren 1998 noch vor Zustandekommen des ersten rot-grünen Bundeskabinetts, dass die gängigen politikwissenschaftlichen Koalitionstheorien praxisfern und zu stark reduziert seien (vgl. Kropp/Sturm 1998: 9). Generell ließen sich die klassischen Modelle zwei Prinzipien zuordnen: Zum einen dem ‚office seeking‘-Ansatz, der das Ämterstreben einer Partei als unabhängige Variable setze. Zum anderen dem (neueren) ‚policy seeking‘-Ansatz, der im Gegensatz hierzu die Beeinflussung von Politikinhalt in den Mittelpunkt der Analyse stelle. Im Folgenden sollen beide Ansätze kurz skizziert und um einen dritten ergänzt werden: dem ‚advocacy coalition‘-Theorem von Paul A. Sabatier. Letzteres Modell vermag am ehesten, der Kritik von Kropp und Sturm entgegenzutreten.

2.1 William H. Riker: Das Streben um Ämter (‚office seeking‘)

Die frühe Koalitionsforschung verarbeitet wesentliche Elemente der mathematischen Spieltheorie: Anfang der 1960er-Jahre interpretieren William H. Riker und William Gamson Koalitionsbildungen als Nullsummenspiele, „in dem die Summe der Auszahlungen, hier definiert durch die Anzahl der Ministerien, konstant bleibt“ (Kropp/Sturm 1998: 14). Mit ihrer These, wonach die beteiligten *Spieler* in Form von Parteien eine Maximierung des *Gewinnanteils* anstreben, begründen sie den ‚office seeking‘-Ansatz. Das Bild eines Risikospieles wird durch entsprechendes Vokabular ergänzt: Der *Einsatz* bestünde in Abgeordnetenmandaten, der *Profit* in Macht – gemessen an der Zahl der Ministersessel (vgl. Riker 1962: 61). Gamson wendet die Ausführungen treffend auf die Opposition an: „[Diese] vermag aus ihren Ressourcen keinen Gewinn zu schlagen und verliert ihren Einsatz vollständig an die Koalitionspartner“ (Gamson 1961: 83). Ob der Mangel an Ressortleitung tatsächlich zu einer *Bedeutungslosigkeit* führt, darf mit Blick auf die Rolle der deutschen Opposition im Bundesrat hinterfragt werden. Bedeutsam ist die von Riker und Gamson geteilte Prämisse, wonach alle Spieler als untereinander koalitionsfähig gelten (vgl. Kropp/Sturm: 14). Daher stehen weniger die Präferenzordnungen der beteiligten Akteure als vielmehr die technischen Koalitionsvarianten im Zentrum der Betrachtung.

Sobald durch einen Zusammenschluss zweier oder mehrerer Parteien eine Mehrheit erreicht wird, sprechen Anhänger des ‚office seeking‘-Ansatzes von *Gewinnkombinationen*. Die Reduzierung auf das Größenprinzip bewirkt, dass sämtliche solcher ‚winning combinations‘ – so die griffigere englische Bezeichnung – als prinzipiell möglich erachtet werden. Unabhängig von ideologischen Variablen unterscheidet Riker zwei Idealtypen:

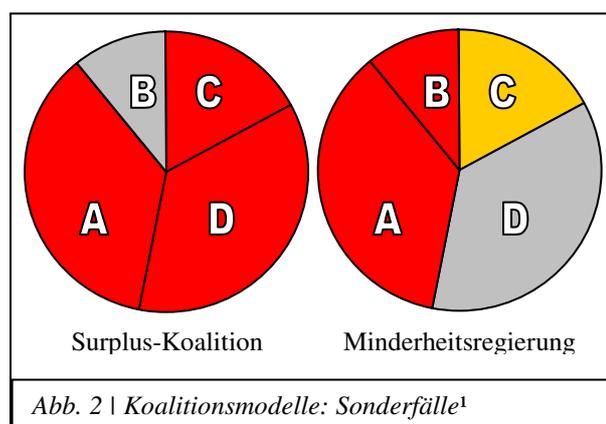
(1) Bei der ‚minimum winning coalition‘ handelt es sich um jene Kombination, welche die 50%-Grenze möglichst knapp an Mandaten überschreitet (hier: Parteien *D*, *C*). Diese Koalition stellt laut Modellvorstellung die wahrscheinlichste Verbindung dar, da der Gewinn für beide Koalitionspartner am größten ausfällt: Sollte Partei *D* mit Partei *A*



koalieren, so stünden ihr weniger Ministerämter zu aufgrund der Tatsache, dass *A* proportional bedingt mehr Kabinettsposten beanspruchen würde als *C*. Entsprechende *Große Koalitionen* nennt Riker ‚oversized‘. Entgegen des Downs’schen Wettbewerbsmodells stehe nicht die reine Maximierung von Wählerstimmen im Vordergrund, sondern vielmehr das Bestreben, genügend Stimmen zu erzielen, um in Regierungsämter zu gelangen. Angewendet auf obiges Schaubild bedeutet dies: Aus der Perspektive von Partei *D* ist *A* allein aufgrund ihrer Größe unattraktiv. Partei *C* profitiert in diesem Fall als Trittbrettfahrer davon, nicht mehr als *ausreichend* viele Mandate für eine Mehrheitsbeteiligung zu besitzen.

(2) Als ‚minimal winning coalitions‘ werden Koalitionen bezeichnet, deren parlamentarische Mehrheit durch den Austritt einer der beteiligten Parteien verloren ginge. Diese weite Definition trifft im oben skizzierten Beispiel neben der Großen Koalition *DA* ebenso auf die ‚minimum winning‘-Koalition *DC* zu. Die Kategorien sind somit nicht disjunkt. Riker verwendet den Ausdruck in seiner Literatur eher als Negativdefinition: Wird eine Koalition als ‚minimal winning coalition‘ bezeichnet, so handelt es sich *nicht* um eine ‚minimum winning coalition‘. Ein Umkehrschluss dieser Aussage ist jedoch nicht möglich.

Weitgehend ignoriert werden Koalitionen, die den Kriterien beider Idealtypen nicht gerecht werden. Der Vollständigkeit halber werden diese Sonderfälle kurz aufgezeigt: Übergroße Koalitionen, bei denen mindestens eine Partei nicht für die Bildung einer Mehrheit erforderlich ist, werden als *Surplus-Koalitionen* bezeichnet. Verfügen die



Koalitionsparteien nur über eine Minderheit der Parlamentsabgeordneten, so spricht man von einer *Minderheitsregierung* (vgl. Schmidt 2004: 450, 705). Beide Sonderfälle lassen sich ebenfalls bildlich veranschaulichen: Bei der Kabinettszusammenarbeit der Parteien *D*, *A* und

¹ Die Abbildungen 1 und 2 sind selbst erstellt.

C in Abbildung 2 handelt es sich um eine *Surplus-Koalition*. Für die gesicherte Mehrheit an Mandatsplätzen ist es unerheblich, ob eine der beteiligten Parteien aus der Koalition austritt. Ebenso verhielte es sich in einer *Allparteienregierung*. Können sich die im Parlament vertretenen Parteien jedoch nicht auf die Bildung einer Mehrheitskoalition einigen, so wird in der gängigen Praxis entweder das Parlament aufgelöst oder eine *Minderheitsregierung* gebildet. Im skizzierten Beispiel käme etwa eine Verbindung zwischen den Parteien A und B auf weniger als die Hälfte der Parlamentssitze. Dieses Bündnis bedürfe der Tolerierung durch eine Oppositionsfraktion, zum Beispiel durch Partei C.

Die Wahl zum hessischen Landtag 2008 zeigt exemplarisch, dass es auch in Deutschland nicht an empirischen Beispielen für das Misslingen von Mehrheitsbeschaffungen mangelt. Mit ihren mathematischen Modellen kann die Rational-Choice-Theorie, derer sich der ‚office seeking‘-Ansatz zuordnen lässt, ein solches Phänomen nicht erklären. Bedingt durch das Ausblenden politischer Inhalte und Ideologien lässt sich der rationale, rein ämterorientierte Ansatz als ‚politik-blind‘ kritisieren. Es bedarf daher der weiteren Betrachtung *weicher* Faktoren. Seit den 1980er Jahren wird zunehmend die Forderung erhoben, die Konzepte stärker an ihre *Kontextbedingungen* anzubinden. Kropp und Sturm setzen hierbei das Parteiensystem als erklärende Variable für Koalitionsbildungen und verstehen die Einflussnahme auf (bestimmte) *policies* als zentrales Ziel der Akteure. Einen solchen ‚policy seeking‘-Ansatz veröffentlicht Paul Sabatier 1993.

2.2 Paul A. Sabatier: Die Advokatenkoalition (‚policy seeking‘)

Untersuchungsgegenstand der Politikfeldanalyse ist die Erklärung des Policy-Prozesses, sprich: die Entwicklung von politischen Inhalten. Als tragendes Modell dieser ‚Policy-Forschung‘ fungiert bis in die 1990er-Jahre eine Phasenheuristik, die den Politikprozess entlang der Phasen *Problemdefinition, Agenda-Setting, Policy-Formulierung, Implementation* und *Evaluation* skizziert (vgl. Jones 1977, zit. n. Sabatier 1993: 116). Aufgrund von „gravierenden logischen und empirischen Mängeln“ kritisiert Sabatier (1993: 121) das Modell, da es eine wichtige Machtressource verkenne: den Zusammenschluss und die Interaktion verschiedener Koalitionen zur Durchsetzung von politischen Inhalten. Daher erarbeitet er 1993 als Gegenentwurf zur Phasenheuristik das ‚advocacy coalitions‘-Modell.

i) Grundannahmen: Der Wandel von Koalitionen vollzieht sich über lange Zeiträume, die deutlich länger als die politischen Wahlperioden andauern: „Im Hinblick auf größere Auseinandersetzungen innerhalb eines Policy-Subsystems ist die Anordnung der Verbündeten und der Gegner über Perioden von rund einem Jahrzehnt relativ stabil“ (Sabatier 1993: 130). Es existieren in jedem politischen System mehrere – vom jeweiligen Politikfeld abhängige –

Advokatenkoalitionen nebeneinander. Sabatiers Ansatz sucht nicht nach *Regierungskoalitionen*, sondern fasst Akteure (hier: Parteien) zusammen, deren Inhalte *themenspezifisch* übereinstimmen. Übertragen auf die derzeitige Situation in Deutschland werden also neben der großen Regierungskoalition, die alle Politikfelder umfasst, kleinere Blöcke betrachtet, etwa zu den Themen *Energiepolitik* und *Selbstbestimmung*. Angewendet auf die Parteien CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen äußert sich durch diese Anschauung ein neuer Koalitions-gedanke: Das Selbstverständnis der Unionsfraktion als Teil der großen Koalition und das der Bündnisgrünen als Oppositionspartei ließe sich ausblenden. So könnten beide Parteien zwar einerseits konträren ‚Energiepolitik-Koalitionen‘ zugeordnet werden (»Festhalten an der Kernkraft« versus »Sofortiger Ausstieg aus der Atomkraft«), andererseits gäbe es Schnittmengen im *Naturschutz* (»Bewahrung der „Schöpfung“«) und zum Thema *Selbstbestimmung* (»So viel Eigenverantwortung wie möglich; Staatslenkung wie nötig«)².

ii) Modellaufbau: Laut Sabatier liegen diesen Allianzen ‚belief systems‘ in Form von „grundlegenden Wertvorstellungen, Kausalannahmen und Problemperezeptionen“ (Sabatier 1993: 131) zu Grunde, die auf drei Ebenen wirken. Demnach beinhalte ein *Hauptkern* („deep core“) auf höchster Ebene politikfeldübergreifende, änderungsresistente Überzeugungen und Werte. In der zweiten Ebene bündle ein *Policy-Kern* („policy core“), politikfeldspezifische Werte mit änderungsrobuster – im Zweifel aber kompromissbereiter – Eigenschaft. Hinzu kämen sekundäre Aspekte zur praktischen Umsetzung politischer Maßnahmen. Eine Aggregation mehrerer Parteien zu Koalitionen gelinge, sobald der Policy-Kern von allen beteiligten Akteuren geteilt werde (vgl. Sabatier 1993: 119-127).

BELIEF SYSTEM	<i>Charakteristik</i>	<i>Veränderbarkeit</i>	<i>Bsp.: Umweltschutz</i>
(1) Hauptkern	Fundamentale normative und ontologische Axiome	sehr gering; änderungsresistent	»Der Mensch ist Teil der Natur« versus »Der Mensch herrscht über die Natur«
(2) Policy-Kern	Strategien zur Verwirklichung der grundlegenden Wertvorstellungen im Subsystem	schwierig; änderungsrobust	»Strikte umweltpolitische Regulierung« versus »geringe Umweltstandards«
(3) Sekundär	Instrumentelle Durchsetzung des Policy-Kerns	verhältnismäßig leicht; änderungsfähig	Kompromiss: »Emissionshandel«

Tab. 1 | Sabatier: Belief System³

Fasst man die Ergebnisse des zweiten Kapitels zusammen, so gehen Parteien eine Koalition ein, weil sie sowohl nach Ämtern streben (office seeking), als auch Politikinhalt beeinflussen wollen (policy seeking). Um Koalitionsbildungen gänzlich nachvollziehen zu können, bedarf es nun jedoch der Betrachtung eines weiteren Faktors: der Struktur des nationalen bzw. regionalen Parteiensystems.

² Vgl. Angaben im Fragebogen, Block III d.

³ Eigene Darstellung. Tabelle in Anlehnung an: Sabatier 1993: 119-132.

3. Koalitionsvereinbarungen in der Bundesrepublik Deutschland

Die Entwicklung des westdeutschen Parteiensystems nach 1949 lässt sich in drei Phasen umreißen: Nicht zuletzt die „Aufsaugung kleinerer Parteien durch die CDU/CSU“ (Rudzio 2006: 116) und die bundesweite Anwendung der Fünfprozenthürde ab 1953 bewirken einen Konzentrationsprozess des Bundesparteiensystems von 1949 bis 1961. In diesen Zeitraum fallen zudem die Verbote der *Sozialistischen Reichspartei* (SRP) 1952 und der *Kommunistischen Partei Deutschlands* (KPD) 1956. So sind im Ersten Bundestag neben CDU/CSU, SPD und FDP noch acht weitere Parteien vertreten, im Zweiten Bundestag nur noch der *Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten* (BHE), die *Deutsche Partei* (DP) und das Zentrum. In den 1957 gewählten Dritten Bundestag schafft neben den *drei Großen* lediglich die DP einen Einzug (vgl. Rudzio 2006: 116-119).

Dieser Trend manifestiert sich ab 1961 im stabilen Dreiparteiensystem aus CDU/CSU, SPD und FDP. Gemessen anhand des ENPP-Indexes⁴ von Laakso/Taagepera sinkt die relative Zahl der deutschen Parteien von 4 auf 2,5, sodass der rund zwanzig Jahre währende Zeitraum von 1961 bis 1983 auch als „eingespieltes Zweieinhalb-Parteiensystem“ (Rudzio 2006: 121) bezeichnet werden kann. Sowohl im Bund als auch in den Ländern kommt der FDP in dieser Zeit die „nahezu monopolartige Rolle einer Scharnierpartei“ (Kropp/Sturm 1998: 69) zu.

Das deutsche Parteiensystem erlebt insbesondere in der Zeit ab 1983 tiefgreifende Veränderungen: Als wichtige Faktoren sind der Einzug der Grünen in den Bundestag 1983, die Vereinigung 1990 und die Schwächung der großen Volksparteien zu nennen. Wolfgang Rudzio attestiert Deutschland 2005 ein „Zwei-Parteigruppen-System mit Regionalsystem Ost“ (Rudzio 2006: 123) in Gestalt der politischen Lager CDU/CSU-FDP, SPD-Grüne und der PDS als dritter großer Partei im Osten. Fünf Jahre später wird Rudzios These an dieser Stelle hinfällig: Bei der inzwischen fusionierten Partei *Die Linke* handelt es sich heute um ein ‚gesamtdeutsches Projekt‘, im Bund verfestigt sich ein Fünfparteiensystem. Die Große Koalition beweist darüberhinaus, dass Koalitionen fernab der tradierten ‚Lager‘ nicht mehr nur auf Länderebene zustande kommen können – obgleich sich eine tiefe Skepsis nicht verbergen lässt: Peter Ramsauer, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag, resigniert bereits am 6. März 2009: „Das Ende der großen Koalition wirft seine Schatten voraus. Die Koalition hat sich erschöpft.“ Woraufhin sich Grünen-Fraktionschefin Renate Künast mit den Worten zitieren lässt: „Dieses Land hat keine Regierung mehr“ (Hulverscheidt 06.03.09: 1). Auf der Suche nach Alternativen sollen im Folgenden zunächst die verschiedenen Koalitionsvereinbarungen der Vergangenheit aufgezeigt werden.

⁴ Ermittlung der ‚effektiven Parteienanzahl‘: $1 / \sum_{i=1}^n p_i^2$. Bei Dominanz einer Partei strebt der Wert gegen 1.

Bedingt durch die geringen Fallzahlen ist es möglich, sämtliche Koalitionen auf Bundesebene seit 1949 übersichtlich aufzulisten (*Unterkapitel 3.1*). Die verwendeten Angaben wurden für die Hausarbeit eigenständig ermittelt, weshalb eine Betrachtung aller Länderkoalitionen des gleichen Zeitraums den Rahmen sprengen ließe. Daher fokussiert *Unterkapitel 3.2* lediglich die letzten 74 Koalitionsvereinbarungen, beginnend mit den Landtagswahlen 1990.⁵

3.1 Koalitionsvereinbarungen auf Bundesebene nach 1949

In den 60 Jahren der Bundesrepublik liegt die Regierungsführung mehrheitlich in den Händen von CDU/CSU (1949 bis 1966, 1982 bis 2002, 2005 bis heute), personifiziert durch die vier Bundeskanzler Adenauer, Erhard, Kiesinger, Kohl und Bundeskanzlerin Merkel. Die SPD stellt hingegen in den Koalitionen von 1969 bis 1982 (mit der FDP) und von 1998 bis 2005 (mit Bündnis 90/Die Grünen) die Kanzler Brandt, Schmidt und Schröder. Sie beteiligt sich als die kleinere Partei an den Großen Koalitionen von 1966 bis 1969 und von 2005 bis heute.

Wie in Tabelle 2⁶ ersichtlich, übersteigt die Regierungsdauer der Freien Demokratischen Partei jene der Volksparteien. Beachtet man ihre langjährige Funktion als alleinige „Mehrheitsbeschafferin“ (Jandura 2007: 10), erscheint der Spitzenwert von 42 Jahren plausibel. Die Regierungsbeteiligungen der Deutschen Partei und des BHE können zur weiteren Untersuchung vernachlässigt werden, da beide Parteien weitgehend in der Christdemokratie aufgegangen sind (vgl.

FDP	42 Jahre
CDU/CSU	40 Jahre
SPD	27 Jahre
DP	12 Jahre
B'90/Grüne	7 Jahre
BHE	3 Jahre

Tab. 2 | Regierungsdauer der Bundesparteien '49-'09

Schmidt 2004: 89, 158). In Jahren gemessen beteiligt sich die DP jedoch fast halb so lange an einer Bundesregierung wie die SPD. Unter Berücksichtigung der bis heute vertretenen Parteien bilden sich auf Bundesebene folgende Regierungsmodelle⁷: sieben schwarz-gelbe, vier sozialliberale, zwei rot-grüne und zwei Große Koalitionen. Gegen Ende der schwarz-gelben Koalition von 1965 bis 1966 regiert der Seniorpartner CDU/CSU kurzzeitig alleine in Minderheit, ebenso wie 1982 die SPD. Tabelle 3 ordnet den genannten Koalitionsmodellen sämtliche Legislaturperioden zu. Hierbei relativiert sich die Dauer der einzelnen Regierungen: In einer Zeitspanne von 21 Jahren wird (West-)Deutschland zumeist von einer Koalition aus CDU/CSU und FDP regiert. Immerhin 13 Jahre umfassen die sozialliberalen Regierungen, während die Modelle der rot-grünen und Großen Koalition bislang jeweils keine acht Jahre

⁵ Sämtliche in Kapitel verwendete Daten wurden eigenständig zusammengestellt. Als Quellen dienten neben den Standardwerken *Schmidt 2004* und *Rudzio 2006* insbesondere die Internetauftritte der Landeswahlleiter mit Stand 01.03.2009. Für entsprechende URLs siehe Literaturverzeichnis.

⁶ Eigene Darstellung. Datenquelle: siehe obige Fußnote. Auflistung der Perioden: siehe Tabelle 3.

⁷ Zählt man die ersten Regierungen unter Beteiligung von DP und BHE hinzu, ergeben sich drei weitere Modelle.

Anwendung finden. Die Gründe hierzu scheinen offensichtlich: Zum einen haftet den *Großen Koalitionen* reiner Zweckcharakter an: In Rikers Koalitionstheorie (Kap. 2) werden die negativen Elemente einer ‚überdimensionierten Größe‘ deutlich. Zum anderen handelt es sich bei der rot-grünen Koalition um ein relativ neues Modell, da die Bündnisgrünen nach dem unglücklichen Ausscheiden der (West-)Grünen 1990 erst wieder seit 1994 als *stabile* Fraktion im Bundestag vertreten sind.

Tab. 3 | Regierungsdauer der Bundeskoalitionen 1949-2009

Koalition	Periode (Bundestag)	Anzahl	Dauer
CDU/CSU-FDP-DP	49-53 (1)	1	4 Jahre
CDU/CSU-FDP-DP-BHE	53-56 (2a)	1	3 Jahre
CDU/CSU-DP	56-57 (2b), 57-61 (3)	2	5 Jahre
CDU/CSU-FDP	61-65 (4), 65-66 (5a), 82-83 (9b), 83-87 (10), 87-90 (11), 90-94 (12), 94-98 (13)	7	21 Jahre
CDU/CSU-SPD	66-69 (5b), 05-09 (16)	2	7 Jahre
SPD-FDP	69-72 (6), 72-76 (7), 76-80 (8), 80-82 (9a)	4	13 Jahre
SPD-Grüne	98-02 (14), 02-05 (15)	2	7 Jahre
Gesamt: 7 4	1949-2009 (16 Bundestage)	19	60 Jahre

Um die genannte Empirie auf das ‚office seeking‘-Modell von William H. Riker anzuwenden, genügt die alleinige Angabe der Koalitionsmuster nicht. Zur Einordnung der Koalitionen in die Typen ‚minimal winning‘ und ‚minimum winning‘ bedarf es einer Information über die Höhe der Mandatszahlen. Ab dem 4. Bundestag gelingt es stets, mehrheitsfähige Zweiparteien-Koalitionen zu bilden. Lässt man Allparteienregierungen außer Acht, so existieren neben den tatsächlichen Regierungsbündnissen der Dreiparteien-Parlamente bis 1983 *zwei* Mehrheits-Alternativen. Durch die Einzüge der Grünen 1983 und der PDS 1990 steht der Mehrheitsbeschaffung zumindest rechnerisch eine Vielzahl weiterer Alternativen zur Verfügung (Dreierbündnisse). In zwei Fällen wurde sogar innerhalb einer Legislaturperiode von einer Alternative Gebrauch gemacht: Im 5. Bundestag wechselt der Juniorpart von FDP zu SPD, Seniorpartner bleibt die CDU/CSU. Im 9. Bundestag wechselt jedoch der Seniorpart von CDU/CSU zu SPD, Juniorpartner blieb die FDP. Aus Sicht des Rational-Choice-Ansatzes müssen die Ergebnisse der Bundestagswahl 2005 gesondert hervorgehoben werden: Zum ersten Mal existiert lediglich *eine* Möglichkeit, mit zwei Parteien die Mehrheit der

Mandatsplätze zu erreichen – die Große Koalition. Kaum eine deutsche Regierung vermag Rikers Kriterien einer „minimal winning coalition“ besser zu entsprechen als das Kabinett Merkel I. Mit 448 Mandaten übersteigen die Fraktionen CDU/CSU und SPD die benötigte Mehrheit um 141 Plätze. Rein rechnerisch bestünden in Form einer rot-*rot-grünen Minimum-Koalition [+20]⁸, einer schwarz-*rot-grünen Koalition [+24], einer rot-gelb-grünen ‚Ampel‘-Koalition [+27], einer rot-gelb-*roten Koalition [+30], einer schwarz-gelb-grünen ‚Schwampel‘-Koalition [+31] und einer schwarz-gelb-*roten [+34] sechs (!) kleinere Alternativen der Mehrheitsbildung.⁹ Durch Etablierung des Fünfparteien-Parlaments entsteht ein Dilemma: Trotz einer Vielzahl neuer Konstellationen sehen sich die bislang in zwei Lagern verhafteten Volksparteien zur Kooperation gezwungen. Warum? Es scheint elementare Kriterien zu geben, die gegen Minimalverknüpfungen sprechen. Bezogen auf das bundesdeutsche Beispiel lässt sich Rikers Prämisse, die „minimum winning coalition“ sei die häufigste Regierungsform, falsifizieren. In Tabelle 4¹⁰ wird deutlich, dass es ab 1961 ausnahmslos zur Bildung von „minimal winning coalitions“ kam, das Prinzip der kleinstmöglichen Koalition jedoch nur vier Mal angewendet wird: 1969 (6. BT), 1976 (8. BT), 1980 (9. BT) und 1994 (13. BT)¹¹. Die Theorie des rational handelnden Akteurs verkennt zugleich jenes deutsche Gewohnheitsrecht, das die stärkste Fraktion mit der Regierungsbildung beauftragt („Wählerwille“).

Tab. 4 | Mandatsverteilungen 1961-2009

	Regierung		Opposition		Ges.	Mh.	Mh. tat	Alternativen	
(4)	C_242	F_67	S_190		499	250	309 (+59)	CS: 432,	SF: 257
(5a)	C_245	F_49	S_202		496	248	294 (+46)	CS: 447,	SF: 251
(5b)	C_245	S_202	F_49		=		447 (+199)		
(6)	S_224	F_30	C_242		496	248	254 (+6)	CS: 466,	CF: 272
(7)	S_230	F_41	C_225		496	248	271 (+23)	SC: 455,	CF: 266
(8)	S_213	F_39	C_244		496	248	252 (+4)	CS: 457,	CF: 283
(9a)	S_218	F_53	C_226		497	249	271 (+22)	CS: 444,	CF: 279
(9b)	C_226	F_53	S_218		=		279 (+30)	CS: 444	
(10)	C_244	F_34	S_193	G_27	498	249	278 (+29)	CS: 437,	CG: 271, 3er
(11)	C_223	F_46	S_186	G_42	497	249	269 (+20)	CS: 409,	CG: 265, 3er
(12)	C_319	F_79	S_239	P_17	662	331	398 (+67)	CS: 558,	CP: 336, 3er
(13)	C_294	F_47	S_252	G_49	672	336	341 (+5)	CS: 546,	CG: 343, 3er
(14)	S_298	G_47	C_245	F_43	669	335	345 (+10)	SC: 543,	SF: 341, 3er
(15)	S_251	G_55	C_248	F_47	603	302	306 (+4)	SC: 499,	CG: 303, 3er
(16)	C_226	S_222	F_61	L_54	614	307	448 (+141)		3er

⁸ Die Zahlen in den eckigen Klammern geben die Differenz zur Mehrheit in Sitzen an.

⁹ Zur Unterscheidung zwischen SPD und Linke wird letztere mit * gekennzeichnet. Verlässt man die mathematische Logik, um sich der politischen Farbenlehre zu widmen, so erscheinen einige der geschilderten Blöcke abstrus. Die Ausführungen sind mit berechtigter Distanz als reine Modellübertragung zu sehen.

¹⁰ Auch Tabelle 4 ist selbst erstellt. Die Daten wurden zur Berechnung *Rudzio 2006: 199* entnommen. *Schlüssel*: Ges. = Gesamtzahl der Mandate; Mh. = benötigte Mehrheit; Mh. tat = tatsächliche Mehrheit; C = CDU/CSU, S = SPD, F = FDP, G = (Bündnis 90/)Die Grünen, P = PDS, L = Linkspartei.PDS; CG: 343 zu lesen als: Alternative ‚CDU/CSU-Grüne‘ hätte 343 Mandate. ‚CF‘ (341) somit „minimum winning coalition“.

¹¹ In Tabelle 4 sind die vier Beispiele farbig markiert: Selbst die kleinstmöglichen Alternativen übersteigen die realen Mandatszahlen (6./8./9. BT: SPD-FDP < CDU/CSU-FDP; 13. BT: CDU/CSU-FDP < CDU/CSU-Grüne).

3.2 Koalitionsvereinbarungen auf Länderebene nach 1990

Systembedingt ist die Fallzahl in Kapitel 3.1 zur Betrachtung von Gesetzmäßigkeiten zu gering. Möchte man eine Typologie der Koalitionen in Deutschland herausarbeiten, bietet sich die Betrachtung von Landesregierungen an.¹² Interessant scheint insbesondere der Charakter eines „Experimentierfeld[es] für mögliche Koalitionswechsel“ (Kropp/Sturm 1998: 20): Alle vier oben genannten Regierungsbündnisse werden zuvor auf Landesebene ‚erprobt‘, so zum Beispiel die rot-grüne Koalition, die ihre Premiere 1985 im Hessischen Landtag feiert. Aus Sicht der Koalitionsforschung erweist sie sich als innovativstes Experiment der Nachkriegszeit (vgl. Egle 2007: 23) – zum ersten Mal fluktuieren 1998 Opposition und Regierung vollständig (CDU/CSU-FDP ⇔ SPD-Grüne). Bot sich für die Betrachtung der vergangenen Bundesregierungen noch Rikers „minimum winning“-Kategorie an, so scheint für die verknappte Wiedergabe eines Stimmungsbildes auf Landesebene der Übersicht halber eine Aufteilung nach Anzahl und politischer Couleur sinniger (policy seeking).

Zweck der vorliegenden Hausarbeit ist es, Optionen für eine Mitarbeit von Bündnis 90/Die Grünen an einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung herauszuarbeiten. Als Reaktion auf erste Umfragewerte, die keine bürgerliche Parlamentsmehrheit vorhersagen, bekundet die politische Elite Anfang 2009 wiederholt ernsthafte Überlegungen zu Dreierkonstellationen im Bund (vgl. Blechschmidt 2009: 6) – die Hausarbeit orientiert sich demnach vordergründig an schwarz-gelb-grünen Koalitionsbestrebungen. Durch einen Blick in den jetzigen Bundesrat (Stand: 14.03.2009) wird die Tragweite der Überlegungen deutlich: Rheinland-Pfalz (SPD), Saarland und Thüringen (beide CDU) werden von einer Partei regiert. Die Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Schleswig-Holstein entsprechen dem Regierungslager. Fünf Länder unterstehen einem schwarz-gelben Kabinett, während die Stadtstaaten schwarz-grün, rot-grün und rot-*rot regiert werden (vgl. Schneider 2009: 5). Keines der Länder steht zurzeit unter Führung einer Triade. War das seit 1990 immer so?

i) Anzahl der Regierungsparteien: *Eine Partei*. Gänzlich ohne Koalitionsvereinbarungen kommen nach 1990 23 Regierungen zustande. Neun Mal – 1990, 1994 und 1999 allein in Sachsen – erlangt die CDU die Mandatsmehrheit. In Bayern gelingt es der CSU bis 2008, allein zu regieren. Zehn Kabinette bestehen seit 1990 ausschließlich aus SPD-Ministern. Teilt man die verschiedenen Wahlen in fünf Legislaturperioden ein, so lässt sich hierzu folgender Trend ablesen: Bilden sich in der ersten Periode ab 1990 noch vier, in der zweiten Periode ab

¹²Wie bereits oben geschildert, entschloss ich mich, die Analyse auf die letzten 74 Koalitionsvereinbarungen zu begrenzen. Alle wichtigen Koalitionsmodelle sind hierin enthalten. Aus dem Raster gefallen sind lediglich die Sonderfälle der Anfangsjahre (Regierungsbeteiligungen von Bayernpartei, BHE und KPD) sowie die übergroße Berliner Koalition aus CDU, SPD und FDP ab 1953.

1994 drei und in der dritten Periode ab 1998 zwei ‚rote Alleinregierungen‘, so findet sich in der vierten Periode ab 2002 keine SPD-Mehrheit mehr (entspr. Rot-Grün). Erst 2006 gelingt Kurt Beck in Rheinland-Pfalz eine Renaissance dieses Modells.

Zwei Parteien. Mit 48 Fällen sind Zweiparteienkoalitionen nach wie vor die am meisten gewählten Konstellationen in Deutschland. Die Verzahnung zwischen Bundes- und Landesebene ist empirisch messbar: Die Typen ‚Große Koalition‘ (15), ‚Schwarz-Gelb‘ (13) und ‚Rot-Grün‘ (11) dominieren auch in den Ländern andere Koalitionsvarianten. Mit Blick auf die Tabelle 5 wird deutlich, dass die auf Landesebene gemessene ‚Grundstimmung‘ durch einen „gewissen Trägheitseffekt“ (Nolte 1988; zit. n. Kropp/Sturm 1998: 21) auf die Bundesebene übertragen wird: In der Wahlperiode ab 1994 entsteht nur noch eine schwarz-gelbe Koalition, dafür aber acht Regierungen unter Beteiligung von SPD und Grünen – 1998 vereinbaren Gerhard Schröder und Joseph Fischer die erste rot-grüne Bundesregierung. Das gegensätzliche Bild dominiert die Wahlperiode ab 2002: Die Grünen verlieren jegliche Regierungsbeteiligungen, die CDU vereinbart 13 Koalitionen, darunter vier mit der SPD – 2005 unterzeichnen Angela Merkel und Franz Müntefering den ersten großen Koalitionsvertrag seit 1969. Als Subsysteme bilden Rheinland-Pfalz (SPD-FDP), Berlin und Mecklenburg-Vorpommern (SPD-PDS/Linke) mehrmals Koalitionen, deren Übertragung auf den Bundestag die Parteizentralen zeitgleich ausschließen. Als *Experimentierfeld* hat sich ab 1990 insbesondere Hamburg erwiesen. Besitzt die Koalition aus SPD und Statt-Partei 1993

Legislaturperioden	nach 1990	nach 1994	nach 1998	nach 2002	nach 2006**		
	Mec90, San90, Thü90	Baw96	Hes99	Baw01, Nie03, Nrw05, San02	Baw06, Bay08, Hes09, Nie08	n=13	
	Bay90, Sax90	Bay94, Sax94	Bay98, Sar99, Sax99, Thü99	Bay03, Ham04, Hes03, Sar04, Thü04		n=13	
	Hes91, Nie90	Ham97, Hes95, Nrw95, San94*, Shl96	Ber01, Nrw00, Shl00		Bre07	n=11	
	Ham90, Nrw90, Sar90, Shl92	Bra94, Nie94, Sar94	Nie98, San98*		Rlp06	n=10	
	Baw92, Ber90	Ber95, Mec94, Thü94	Ber99	Sax04, Shl05	San06	n=9	
		Bre95	Bra99, Bre99	Bra04, Bre03	Mec06	n=6	
			Mec98	Ber02, Mec02	Ber06	n=4	
	Rlp91	Rlp96	Rlp01			n=3	
	Bra90, Bre91					n=2	
					Ham08	n=1	
			Ham01			n=1	
	Ham93					n=1	
	M=12 (8 Parteien)	m=8 (6 Parteien)	m=7 (5 Parteien)	m=9 (7 Parteien)	m=5 (5 Parteien)	m=7+x (6+y Parteien)	N=74

Tab. 5 | Regierungen in den Ländern nach 1990.¹³

(Größere Abbildung im Anhang)

¹³Eigene Erstellung. *Datenquelle:* Internetseiten der jeweiligen Landeswahlleiter, Stand: 14.03.2009. *Schlüssel:* M = Gesamtzahl aller Regierungsparteien; m = Anzahl der Regierungsparteien pro Legislaturperiode; N = Gesamtzahl aller Koalitionen; n = Anzahl des jeweiligen Koalitionstyps; Baw = Baden-Württemberg, Bay = Bayern, Ber = Berlin, Bra = Brandenburg, Bre = Bremen, Ham = Hamburg, Hes = Hessen, Mec = Mecklenburg-Vorpommern, Nie = Niedersachsen, Nrw = Nordrhein-Westfalen, Rlp = Rheinland-Pfalz, San = Sachsen-Anhalt, Sar = Saarland, Sax = Sachsen, Shl = Schleswig-Holstein, Thü = Thüringen; *) San98/94: Minderheitsregierungen; **) Wahlen in 2009/10: Bra, Nrw, Sar, Sax, Shl, Thü.

verständlicherweise keinen Modellcharakter, so bietet die Koalition aus CDU und Grüner Alternativer Liste 2008 erstmalig ein ideales Anschauungsobjekt für die vorliegende Arbeit. *Drei Parteien*. Eine weitere Hamburger Koalition birgt 2001 Vorbildcharakter – wenngleich weniger auf die beteiligten Parteien, als mehr auf deren Anzahl bezogen: CDU + FDP + PRO ergibt *drei*. Aufgrund der Annahme, dass die große Koalition nach der Wahl zum 17. Bundestag nicht weitergeführt wird und aufgrund der weiteren Annahme, dass Bündnis 90/Die Grünen dann (und nur dann) in die Regierung wechseln, wenn die bürgerlichen Parteien keine Mehrheit der Mandate erhalten, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit für eine Dreierkonstellation im Bundestag. Erstaunlich ist, dass derzeit kein einziges Land von drei Parteien regiert wird. Neben der Hamburger Mitte-Rechts-Koalition gab es seit 1990 nur zwei weitere solcher Vereinbarungen: Rot-Gelb-Grün in Brandenburg und Bremen.

ii) Politische Couleur Verte: In ihren 14 Regierungsbeteiligungen nach 1990 koalieren die Grünen jedoch nicht nur mit den Sozialdemokraten, sondern auch mit FDP und CDU. In Brandenburg und Bremen bilden sich 1990 und 1991 die bislang einzigen Regierungsbündnisse zwischen Liberalen und der Umweltpartei. Die Zusammenarbeit mit Beusts Christdemokraten bringt zwei Parteien zueinander, deren Basis noch vor einigen Jahren unterschiedlicher nicht hätte verankert sein können; der letzte Koalitionsvertrag mit dem einstigen „Traumpartner“ SPD liegt zu diesem Zeitpunkt acht Jahre zurück (vgl. Wiegand 29.10.08: 6). Nach dem Vorhaben, in Hessen mit der Linkspartei zu kooperieren, muss sich die grüne Partei als „Flittchen der Politik“ (Brössler/Fried 2008: 6) bezeichnen lassen. Die Grünen lassen sich auf ebenso unterschiedliche Regierungsmodelle ein wie die Freidemokraten, zuzüglich eines koalitionstheoretischen Ausnahmefalls: der Minderheitsregierung (laut William H. Rikers Modellvorstellung nicht existent). Ab 1994 regieren in Sachsen-Anhalt zwei rot(-grüne) Kabinette ohne Parlamentsmehrheit – sie werden als ‚Magdeburger Modell‘ bezeichnet und durch Linke in der Opposition toleriert. Zuletzt scheitert Andrea Ypsilanti an einem entsprechenden Vorhaben in Hessen.

Überträgt man die Ergebnisse dieses Kapitels auf die Bundesebene, so wäre die Bildung einer ‚Ampel‘ zumindest *dreifach historisch*. Das Projekt einer ‚Schwampel‘ muss jedoch als *vierfach historisch* bezeichnet werden. (1) In beiden Fällen handelte es sich um die erste Triade seit 1953 (1949-1953: CDU/CSU-FDP-DP; siehe Kapitel 3.1). (2) Die Trennungslinie zwischen dem ‚bürgerlichen‘ und dem ‚linken‘ Lager wiche nach der Großen Koalition weiter auf. (3) Beide Modelle brächen mit der Regel, wonach mindestens eine Landesregierung in gleicher Konstellation existiert. (4) Im Gegensatz zu einer Ampel-Koalition ist eine Koalition aus Union, FDP und Grünen bislang sogar auf Landesebene beispiellos. Umso lohnender ist der Blick auf Chancen und Risiken entsprechender Koalitionsbestrebungen.

4. Debatte 2009: Wie steht die grüne Parteilite zur ‚Schwampel‘?

Cem Özdemir, Realo-Parteichef der Grünen, und Ronald Pofalla, Generalsekretär der CDU, haben eines gemeinsam: Sie beide sind Mitte der 1990er-Jahre Mitglieder der sogenannten ‚Pizza-Connection‘, einer vierteljährlichen, informellen Zusammenkunft von jungen grünen und christdemokratischen Bundestagsabgeordneten. Ebenso besitzen beide heute qua ihres Amtes bedeutenden Einfluss auf die Strategien der einst milieuverfeindeten Parteien. Trotz aller Kritik hat sich das schwarz-grüne Experiment in Hamburg stabilisiert. Die tiefgreifende Schulreform der grünen Bildungssenatorin Christa Goetsch wird durch Bürgermeister Ole von Beust unterstützt. Kein anderes Bundesland käme bei erfolgreicher Umsetzung dem skandinavischen Ideal einer ‚Schule für alle‘ so nahe (vgl. Wiegand 20.04.09: 6). Das Kohlekraftwerk Moorburg bleibt jedoch weiterhin ein „Dorn im Auge der Grünen“ (Krömer 2008: 16). Ist eine solche Zusammenarbeit auf die Bundesebene übertragbar?

Dieser äußerst normativen Fragestellung kann eine Hausarbeit allein aufgrund ihres geringen Untersuchungsumfangs nicht gerecht werden. So ist zu fragen: Wo fängt die Untersuchung an? Wer sind die entscheidenden *veto player* der Parteiengefüge? Wie fängt man die Stimmung an den Parteibasen ein? Vergleicht man Grundsatzprogramme, stimmungsabhängige Papers oder gar tagesaktuelle Internetforen? Die folgende Untersuchung beschränkt sich bewusst auf *grüne* Akteure der ‚Parteilite‘: Als Analysemethoden dienen ein halbjähriger Presselängsschnitt und eine Kurzbefragung von Mitgliedern des Bundestages.

Zu Beginn aller Koalitionsüberlegungen im Vorfeld der Bundestagswahl steht die Erkenntnis, dass Zweierkonstellationen wie Rot-Grün oder Schwarz-Gelb auf Bundesebene in Zukunft eher Ausnahmereischeinungen bilden werden. Verfehlt das ‚bürgerliche Lager‘ im September 2009 die Mehrheit, so würden die Grünen „in jeder der theoretisch denkbaren Konstellationen jenseits einer Großen Koalition (...) gebraucht“ (Lemke 2008: 26). Entsprechend vorsichtig äußert sich der im Untersuchungszeitraum neu gewählte Bundesvorsitzende Cem Özdemir: Die Suche nach zukünftigen Regierungspartnern gehe man weniger *ideologisch* als vielmehr *werteorientiert* an (vgl. May/Klinkusch 2009: 7).

4.1 Printmedienanalyse: Das mediale Echo der Süddeutschen Zeitung

„Angesichts von Perspektiven für eine Regierungsbeteiligung, die wahlweise unscharf oder unerfreulich sind“ (Brössler 26.01.09: 4) führt die Grünen im Wahljahr 2009 kein direkter Weg zurück zur Macht. Der folgende Pressespiegel soll den schwierigen Spagat zwischen *Kernklientel* und den nüchternen *Koalitions-Rechenspielen* aufzeigen. Als Beobachtungsinstrument wird die Süddeutsche Zeitung im Zeitraum zwischen 13. Oktober 2008 und 23.

April 2009 verwendet. Beherrschendes grünes Thema ist im Oktober die „Entthronung des Ungekrönten“ (Brössler 13.10.09: 4), Cem Özdemir. Einen Monat vor seiner Wahl zum Vorsitzenden der Grünen scheitert er bei einem Landesparteitag in Schwäbisch Gmünd zweimal mit der Bewerbung um einen Listenplatz für die Bundestagswahl (vgl. Brössler 15.10.09: 3). Die hierdurch weiter vergrößerte Spannungslinie zwischen Realos – „die sich inzwischen Reformer nennen“ (Brössler 14.10.09: 5) – und Parteilinken, die Sitzblockaden in Gorleben, die Bundesparteitage in Erfurt und Dortmund, die hessischen Landtagswahlen mit gewinnbringenden Neuwahlen (13,7%) und die Zustimmung zum Konjunkturpaket stehen ebenso im medialen Fokus. Immer intensiver werden in den Artikeln Koalitionsüberlegungen geäußert, bis zuletzt die Debatte über eine Ampel-Koalition in den Mittelpunkt rückt.

Am 11. November schreibt Nico Fried, das sich „bei den Grünen (...) ein Konflikt über den Umgang mit der CDU in Hessen ab(zeichnet)“ (Fried et. al. 11.11.08: 5). Tarek Al-Wazir wolle die Krankheit der „Ausschleüeritis“ gegenüber CDU und FDP nicht weiterbetreiben. Auch Cem Özdemir spreche sich dafür aus, die Möglichkeit einer Koalition mit der CDU in Hessen offenzuhalten. Fried merkt dabei an, dass beide Politiker keine personellen Bedingungen mehr (in Bezug auf Roland Koch, d. Verf.) stellen würden. Daniel Brössler und Felix Berth zufolge muss der designierte Spitzenkandidat Jürgen Trittin auf dem Erfurter Bundesparteitag im November von den Hessen sogar „Schelte“ hören: „Sie sind verärgert darüber, dass Trittin eine Koalition mit dem CDU-Mann Roland Koch von Berlin aus kategorisch ausschließt“ (Brössler/Berth 14.11.08: 8).

Einen Tag zuvor gewichtet Jürgen Trittin in einem Interview die Übereinstimmungen grüner Inhalte in den Bereichen Sozial-, Bildungs- und Energiepolitik mit der „SPD und Frank-Walter Steinmeier“ höher als die Schnittmengen mit „CDU/CSU und Angela Merkel“ (vgl. Fried/Brössler 13.11.08: 6). Die Chance für Zwei-Parteien-Mehrheiten eines Blockes im Bund sieht Trittin gering, allerdings „(...) definieren sich CDU und FDP als schwarz-gelber Block“ (Fried/Brössler 13.11.08: 6). Auf der anderen Seite gebe es eine gefühlte Gemeinsamkeit zwischen vielen Anhängern der Linkspartei, der SPD und der Grünen, die aber keinen klaren Block bilde. In Bezug auf die unterschiedlichen Kooperationen mit Christdemokraten in Hamburg und Linken in Hessen betont Trittin: „Wir vertreten in unterschiedlichen Konstellationen die gleichen Inhalte“, als gemeinsame Übereinstimmungen stünden „mehr Energieeffizienz, Ausstieg aus der Atomenergie, erneuerbare Energien, gerechteres Schulwesen, Rechte für Minderheiten“ (Fried/Brössler 13.11.08: 6).

Im Wahlkampf der vorgezogenen Hessischen Landtagswahlen äußert sich Cem Özdemir selbstbewusst: „Es würde Hessen gut tun, wenn der nächste Ministerpräsident Tarek Al-Wazir hieße“ (zit. n. Esslinger 01.12.08: 6). Detlef Esslinger notiert auf dem hessischen Parteitag,

dass *alle* (Hervorh. durch Esslinger) Beifall klatschen, als Daniel Cohn-Bendit ein Bündnis nur noch mit Roland Koch, nicht aber mit der CDU ausschließt. Diesen Vorstoß unterstützt auch Tarek Al-Wazir einen Monat später unmissverständlich: Christoph Hickmann zufolge schließe dieser ein schwarz-gelb-grünes Bündnis nicht mehr aus, „allerdings eines unter Koch“ – die Grünen müssten Eigenständigkeit beweisen und „bloß nicht wieder als Anhängsel der Hessen-SPD erscheinen“ (Hickmann 13.01.09: 5), so Al-Wazir.

Vor der Bundeswahl 2009 scheinen zunächst alle Parteien auf eine Koalitionsaussage zu verzichten. In einem Fünf-Parteien-System seien die Zeiten klarer Koalitionsaussagen vorbei, stellt ein Sprecher der Grünen kurz vor Weihnachten 2008 klar: „Zwar strebe seine Partei ein Bündnis mit der SPD oder aber eine Ampelkoalition mit Sozial- und Freidemokraten an“, es mache aber keinen Sinn, sich alle anderen Optionen von vorneherein zu verbauen. (Blehschmidt/Hulverscheidt 24.12.08: 1). Ebenso stellt Peer Steinbrück stellvertretend für die Sozialdemokraten klar, dass man sich durch keine Koalitionsaussage einenge – „mal abgesehen vom Nein zur Linkspartei“ (zit. n. Blehschmidt/Hulverscheidt 24.12.08: 1). Zum Abschluss einer zweitägigen Vorstandsklausur in Wiesbaden schließen daraufhin auch die Grünen eine Koalition mit der Linkspartei kategorisch aus. Cem Özdemir betont die Differenz zur Außenpolitik der Linken: „Sie sei anti-europäisch und trage den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr nicht mit“ (Brössler 09.01.09: 5) – inwieweit dies den pazifistischen Grundüberzeugungen der Grünen widerspricht, darf zumindest kritisch hinterfragt werden.

Insbesondere bei der grünen Basis stoßen die frühzeitigen Abgrenzungen zur Linken auf Widerstand: So seien linke Grüne weiterhin „für mehr Geld für alle“ und gegen die Beteiligung am Afghanistan-Krieg (vgl. Dörries 28.11.08: 7). Daniel Brössler glaubt, an der Basis eine *Sehnsucht nach rauflustiger Opposition* zu spüren, die sich auch in einer „Scheu vor offenen Koalitionsplanspielen (äußert). Denn keine der realistischen Optionen (...) ist geeignet, das Herz potentieller Grünen-Wähler zu wärmen“ (Brössler 17.11.08: 4). Auf dem Potsdamer Bundeskongress der Grünen Jugend im November fordert ein Antragsteller: „Die Grüne Jugend wird den Wahlkampf einstellen, wenn Bündnis 90/Die Grünen eine schwarz-grüne Koalition nicht ausschließen“ (zit. n. Berth 03.11.08: 6) – als Ergebnis stimmen 72 Mitglieder dem Antrag zu, 105 lehnen ihn ab. Felix Berth resümiert: „Immerhin, für 40 Prozent der Anwesenden ist ein schwarz-grünes Bündnis ein größeres Übel als die Abspaltung von der Bundespartei“ (Berth 03.11.08: 6). Im krassen Gegensatz zu den schwarz-grünen Gedankenspielen einiger Reformer steht nicht zuletzt die Personalie Hans-Christian Ströbele: „Der Ströbele mache die ganzen Realo-Verrenkungen seiner Partei einfach nicht mit“, fängt Roman Deininge die Grundstimmung in Kreuzberg ein (Deininge 28.10.08: 6).

Zentral im diffusen Richtungsstreit der skizzierten Koalitionsüberlegungen wird der nächste Parteitag sein, der im Mai – kurz nach Einreichen der Hausarbeit – stattfinden wird. Auf ihm soll schließlich über die Wahlaussage abgestimmt werden. In einem von Daniel Brössler durchgeführten Interview betont Jürgen Trittin Anfang März jedoch die Schwierigkeit einer solchen Interessenbündelung am Beispiel Nordrhein-Westfalens: „Die einen wollen Schwarz-Grün (...) die anderen wollen im Bund wie in NRW Rot-Rot-Grün“ (zit. n. Brössler 06.03.09: 5). Der Landesverband entschlöße sich, „lieber gar nichts zu sagen“ und erzeuge so politische Beliebigkeit (vgl. Brössler 06.03.09: 5). Nach der Lektüre des Interviews verfestigt sich der Eindruck, dass der Fraktionsvorsitzende intensiv auf die Bildung einer Koalition mit SPD und FDP hinarbeitet, um die Große Koalition zu beenden. Als Prämisse aller Überlegungen setzen die Grünen ein Ende der aktuellen Regierungskonstellation in diesem Jahr. Sechs Monate vor der Bundestagswahl wirft Renate Künast dem Volksparteien-Bündnis Versagen vor: „Dieses Land hat keine Regierung mehr“ (zit. n. Hulverscheidt 06.03.09: 1) und lässt freien Raum für neue Gedankenspiele.

Rote Gedankenspiele: SPD/Grüne/Linke oder SPD/Grüne/FDP?

Relativ schnell zieht die grüne Partei ihre Lehren aus der hessischen Landtagswahl und schließt sich der SPD-Taktik an, die Linkspartei als Koalitionspartner auszuschließen. Es scheint, als begründeten einige grüne Politiker diese Ansicht eher extrinsisch motiviert mit den Ablehnungen von Rot-Rot-Grün durch die beiden übrigen Parteien (so d. Verf.). Derweil dreht sich laut Daniel Brössler „der Zank (...) um die FDP“ (Brössler 21.02.09: 6). Er zitiert Renate Künast, die im Fünf-Fraktionen-Parlament eine Ampel-Koalition für die Grünen als einzig realistische Machtperspektive ansieht ebenso wie den NRW-Landeschef Arndt Klocke, der vor den Freidemokraten als „neoliberalen Erzfeinden“ warnt: „Sich sehr stark auf die Ampel zu konzentrieren, wie Jürgen Trittin und Renate Künast es tun, halte ich für falsch“ (Brössler 21.02.09: 6) und betont, dass sein Landesverband entlang des neuen Gesellschaftsvertrages Klima-Gerechtigkeit-Freiheit offen in den Wahlkampf gehe. Deutlicher formuliert ein Delegierter des NRW-Landesparteitages in Hagen die Absage an eine FDP-Zusammenarbeit: „Wir gehen mit euch durch dick und dünn, aber nicht durch dick und doof“ (zit. n. Nitschmann 23.03.09: 5). Als Geschenk wird der Gastrednerin Künast ein rot-gelb-grünes Blumengesteck überreicht, Johannes Nitschmann notiert ein „hämisches Gelächter“ im Saal.

Im Endstadium der vorliegenden Hausarbeit (Ende April) öffnet ein erneuter Vorstoß weitere Interpretationsräume: Die im laufenden Kapitel häufig zitierten Spitzenkandidaten Jürgen Trittin und Renate Künast schlagen ungewohnte Töne an: „Wir Grünen müssen uns

(...) verabschieden von der Aufteilung in gute und schlechte Industrien“ (Brössler 20.04.09: 6) und meinen hiermit die verstärkte Zuwendung zur deutschen Chemie- und Automobilindustrie – beides klassisch wirtschaftsliberale Milieus (Einschätzung d. Verf.). Im bürgerlich-konservativen Lager sieht man die Ampel-Diskussion skeptisch, da sie potentielle FDP-Wähler verschrecken könnte. So lässt sich auch der CSU-Landesgruppenchef im Februar zitieren: „Ich warne die bürgerlichen Wähler vor der FDP. Wer auf Nummer sicher gehen will mit der Stimme für das bürgerliche Lager, muss seine Stimme der Union geben“ (zit. n. Blechschmidt 02.02.09: 6). Die Grünen könnten von der Abwanderung der FDP-Stimmen an die Union nur profitieren – selbst die wenigen Befürworter einer Jamaika-Koalition rechnen sich eine derartige Regierungsbeteiligung nur unter der Bedingung aus, dass die Grünen größter Juniorpartner neben der Union sind, um so beispielsweise den Atomausstieg weiterhin zu gewährleisten (siehe Fragebogen-Auswertung). Guido Westerwelles Absage an die Ampel erscheint daher naheliegend. Die FDP werde eine Koalitionsaussage treffen, „die glasklar auf eine bürgerliche Mehrheit zielt und das ist es dann“ (Blechschmidt 21.04.09: 5). Was aber heißt heutzutage überhaupt noch ‚bürgerliche Mehrheit‘? Einige grüne Bundestagsabgeordnete sehen in Bündnis 90/Die Grünen heute wie selbstverständlich eine bürgerliche, wertkonservative Partei (siehe auch hierzu die Fragebogen-Auswertung).

Schwarze Gedankenspiele: CDU/CSU/Grüne mit oder ohne FDP?

Doch die Debatte um die grüne Ausrichtung ist regional bedingt unterschiedlich ausgeprägt. Insbesondere im Landesverband Baden-Württemberg hat die Öffnung hin zur CDU Tradition: „Über schwarz-grüne Optionen dachte Kuhn schon in den achtziger Jahren nach, lange bevor sie also in Hamburg erstmals Wirklichkeit wurden“ (Brössler 16.10.08: 4). Nach der Hessenwahl, die vom sogenannten ‚Wortbruch‘ der SPD geprägt ist, erklärt auch FDP-Chef Jörg-Uwe Hahn seine Bereitschaft, sich mit den Grünen und der CDU zu einer Koalition zusammenzutun (vgl. Kahlweit 19.01.09: 4). Schwarz-Grün wird immer wieder personifiziert durch Befürworter wie Oswald Metzger, Karin Göring-Eckardt und Friedbert Pflüger (siehe Einleitung). Ebenso wird man im lokalen Umfeld Bremens fündig: Oldenburgs Bürgermeister Schwandner bildet vollends den exotischen Prototypen eines schwarz(-gelb)-grünen Politikers: als Student FDP-Mitglied, später dann grüner Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg, anschließend Bremer Kulturstaatsrat und nun CDU-Bürgermeister. Die überregionale Presse verfolgt die Zusammenarbeit mit derart großem Interesse, dass selbst ein Bericht über die Beendigung der lokalen schwarz-grünen Allianz in Oldenburg ganzseitig platziert wird (siehe Anlage: Wiegand 24.02.09: 5). Gegen ein entsprechendes Bundesexperiment sprechen derzeit jedoch sowohl Argumente des ‚office seekings‘ (Trittin:

„Da wären die Mehrheitsverhältnisse in jeder Einzelfrage drei zu eins, also CDU, CSU und FDP gegen die Grünen“, zit. n. Brössler 06.03.09: 5) als auch Argumente der Basisverbundenheit (anders formuliert: des ‚policy seekings‘). Viele grüne Stammwähler sind zunehmend irritiert durch immer neue Machttaktiken. Daher pflegt insbesondere Claudia Roth eine symbolische Anti-Haltung zu Christ- und Freidemokraten. Zur Beteiligung der grünen Bundesspitze am Sitzstreik in Gorleben sagt sie: „Dies ist unsere Antwort auf die Ankündigung von Frau Merkel, den Ausstieg aus der Atomnutzung nach der Bundestagswahl mit einer schwarz-gelben Regierung rückgängig zu machen“ (zit. n. Schneider 10.11.08: 3) – und zeigt dadurch gleichermaßen, welches wichtigen Korrekturfaktors es in der Energiepolitik bedürfe. Laut ‚policy seeking‘-Ansatz ließe sich argumentieren, dass die Bündnisgrünen gerade deshalb Teil einer unionsgeführten Regierung werden sollten, um den Atomausstieg weiterhin zu gewährleisten. Im Idealfall mit einer stärkeren Mandatspräsenz als die FDP.

Als Cem Özdemir auf dem Grünen-Parteitag in Erfurt nach denkbaren Koalitionen befragt wird, antwortet er schließlich: „Das entscheidet sich nicht nach arithmetischen Mehrheiten. Das entscheidet sich nach Inhalten“ (zit. n. Brössler 17.11.08: 3). Zwar werde man nicht mit einer Koalitionsaussage, „wohl aber mit einer *Wahlaussage* in den Wahlkampf ziehen“, kündigt Steffi Lemke an. Diese werde man entweder vor oder während des Parteitags im Mai formulieren (s.o.; vgl. Brössler 27.02.09: 6).

4.2 Fragebogenanalyse: Befragung der grünen Mitglieder des 16. Bundestages

Die Befragten. Um zusätzlich einige – womöglich divergierende – Meinungen der Partielite ohne Zwischenmedium einzufangen, verwende ich einen kleinen Fragebogen (Bearbeitungsdauer: unter 5 Minuten). Die Repräsentativität der folgenden Schlüsse muss daher kritisch hinterfragt werden – zumal das Panel der Gesamtbefragten ‚lediglich‘ die 51 grünen Mitglieder des 16. Bundestages (100%) umfasst. Im kleinen Rahmen freut es mich jedoch, dass in der Befragungszeit von Mitte Februar bis Mitte März 37 Rückmeldungen (73%) eintreffen. Hierunter befinden sich 19 Absagen (37%) und 18 Zusagen (35%) – sprich: etwas mehr als ein Drittel der Befragten beteiligt sich an der Umfrage, das Gros per Post. Entsprechend der Angaben von Alter und Herkunft (Länder) ist eine gruppierte Analyse möglich (unter kritischer Beachtung der geringen Fallzahl!)¹⁴.

Der Aufbau. Bei dem *Fragebogen* handelt es sich eher um einen *Aussagenbogen*. Drei offenen Fragen stehen 15 Aussagen gegenüber, deren Grad an Zustimmung auf der ‚Likert-Skala‘ (siehe Diekmann 2008: 240-247) ermittelt wird. Die Antwortmöglichkeiten reichen

¹⁴ Nach Alter: ‚jünger als 35 J.‘ (2); ‚35-44 J.‘ (4); ‚45-54 J.‘ (4); ‚55-60 J.‘ (4); ‚älter als 60 J.‘ (4).

Nach Herkunft: ‚Süd‘ (6: Bay, BaWü); ‚N-West‘ (8: NRW, Hes, SH); ‚N-Ost‘ (4: Sax, Sax-Anh, McPom, B).

von [1] „stimme überhaupt nicht zu“ bis [5] „stimme voll zu“. Die Umfrage wird thematisch unterteilt in drei Blöcke: Block *I* fragt nach dem grünen Selbstverständnis und program-matischer Ausrichtung, in Block *II* wird um Stellungnahme zu Ausschlüssen von potentiellen Koalitionsmodellen gebeten. Block *III* schließlich fragt nach schwarz-grünen Perspektiven.

Die Auswertung. Die Likert-Technik eignet sich, um Meinungsbilder auf einfachen Skalen wiederzugeben. Hierzu kann aus den codierten Antworten [1] bis [5] das *arithmetische Mittel* (aM) berechnet, der *Median* ermittelt und der *Modus* bestimmt werden. Handelt es sich beim Modus lediglich um die meistgenannte Antwort, so ist der Median jener Wert, bei dem die relative kumulierte Häufigkeit 0,50 erreicht wird (siehe auch hierzu Diekmann 2008: 675).

Als Muster soll Abbildung 3 den Aufbau der grafischen Auswertung in Abbildung 7 (S. 22) verdeutlichen. Die *grünen* Begrenzungslinien kennzeichnen die Spannweite der abgegebenen Antwortwerte. Diese reichen dem-nach von [1] bis [4] – „volle Zu-stimmung“ wird nicht geäußert. Der

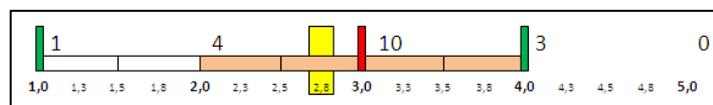


Abb. 3 | Grafische Auswertung (Muster)

rot eingezeichnete Modus liegt mit 10 Nennungen bei [3] (auf der Achse: 3,0). *Gelb* markiert ist der Mittelwert, in der Beispielabbildung liegt dieser bei 2,8. *Orange* hervorgehoben werden auf der Achse Werte, die mindestens drei Mal genannt wurden, daher bleibt [1] weiß.

1993 stellt Joachim Raschke bei den Grünen zwei ideologisierte Richtungen zu Fragen des Regierungsverhaltens fest. Regierungsverweigerern stünden jene Realos entgegen, die sich „ans Regieren (klammern), offenbar aus Angst vor einem Rückfall in Fundamental-opposition“ (Raschke 1993: 882). Während eine generelle Regierungsbereitschaft heute breiter Konsens ist, streiten sich die Flügel vermehrt um die Frage: *mit wem?* Abbildung 4 skizziert die Einstellung der befragten Volksvertreter zu polarisierenden Koalitionsprojekten, wobei Schwarz-Grün im Land *und im Bund* die vergleichsweise größte Zustimmung erhält, die Miteinbeziehung der FDP in eine solches Bündnis allerdings für wachsende Skepsis sorgt.

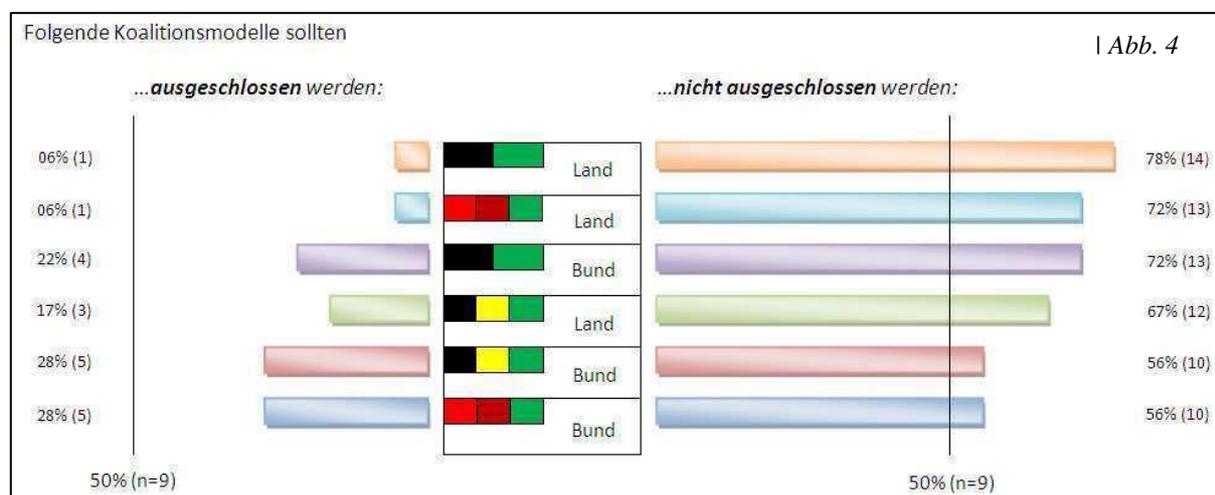


Abb. 4

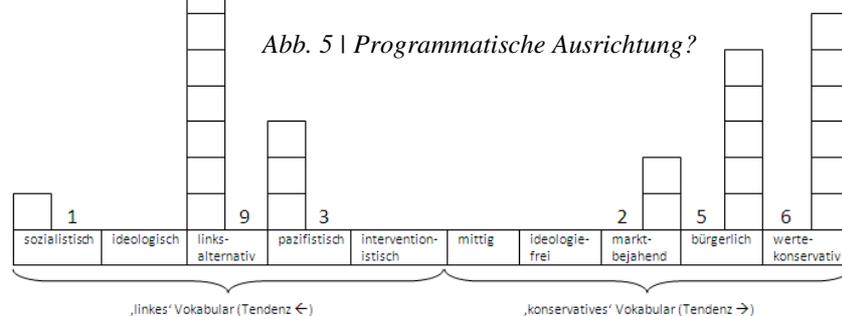
Block I. i) Drei Viertel der Befragten sehen die Grünen eindeutig ([4][5]) als eine ‚bewahrende Partei‘ an. Besonders hoch ist die Zustimmung unter den Abgeordneten aus dem Süden: alle sechs Befragten stimmen der entsprechenden Aussage „voll zu“ (6*[5]; aM=5,0), das arithmetische Mittel aller 18 Nennungen nimmt mit 4,1 den höchsten Zustimmungswert der Umfrage an. Nur einer spricht sich gegen eine solche Beschreibung aus – der Kreuzberger Hans-Christian Ströbele erlaubt, dass sein Name an dieser Stelle stehen darf.

Zuvor betonen die Abgeordneten die Kontextabhängigkeit des Wortes *konservativ*. Dieses sei teils negativ, teils positiv konnotiert (aM=2,8). ii) Nur zwei der Befragten assoziieren mit dem Ausdruck *konservativ* nicht ‚Erhaltung und Bewahrung‘. Ein (sicherlich fehleranfälliger) Schluss von ii) auf i) ermöglicht die Interpretation, dass der überwiegende Teil der Umfrageteilnehmenden die Grünen als konservative Partei ansieht.

15 der 18 MdB bejahen zumindest teilweise ([3][4][5]) die Aussage, in der Kohorte der ‚Neuen Bürgerlichkeit‘ ein grünes Wählermilieu zu sehen – einer stimmt „voll zu“ (aM=3,3). Viel eindeutiger – und in dieser Deutlichkeit überraschend – fällt die Bestätigung der Aussage darüber aus, dass das schlechte Abschneiden der SPD die Grünen zwingt, neue Koalitionen zu erwägen. Sowohl der Modus als auch der Median liegen bei [4] „stimme zu“, nur zwei Antworten verlaufen negativ. Auffallenderweise sind die arithmetischen Mittel der geographischen Gruppen nahezu gleich: N-West=3,6, Süd=3,7, N-Ost=3,8 – der Drang, Koalitionsmuster jenseits von Rot-Grün zu suchen, scheint also kein spezifisches Südphänomen. Zu unterscheiden sind in diesem Zusammenhang ‚liberale‘ von ‚sozialen‘ Grüne. Während letztere eine rot-rot-grüne Regierung auch im Bund als legitim erachten, verfolgen die liberalen Grünen langfristig das Ziel, als „grüne FDP“ den Freidemokraten ihre Bedeutung zu entziehen. Bewusst positioniere man sich daher bürgerlich, so Raschke (2003: 431).

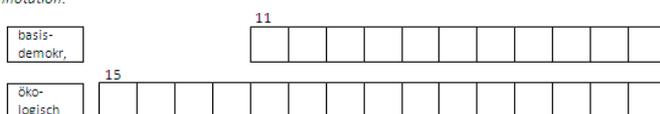
Nirgendwo merkt in der

hat diese Haltung so viel Rückhalt wie in Süddeutschland. Schon Bahro eingangs zitierten Rede an: „Ein grünes Profil links von der SPD mag in



Hamburg immerhin für ein komfortables Ghetto gut sein, in Bayern wäre es völlig aussichtslos“ (Bahro 1983: 73). Entsprechend unterschiedlich fällt die Auswahl der Adjektive aus, mit denen die Befragten ihre Partei in der Fußgängerzone

Ohne entsprechende Konnotation:



Zusätzliche Nennungen (einmalig): an morgen denkend, gleichberechtigt, feministisch, sozial, gerecht, sozial-libertär

beschreiben würden (Abbildung 5). Als handele es sich um zwei verschiedene Parteien, wird einerseits 13-mal eher ‚linkes‘ Vokabular gewählt ([pazifistisch], [links-alternativ] bis [sozialistisch]), andererseits ebenso häufig auf ‚konservative‘ Beschreibungen wie [bürgerlich] und [wertekonservativ] zurückgegriffen. Auf zwei Fragebögen wird wie selbstverständlich [marktbejahend] angekreuzt, beide tragen einen bayrischen Absender. Von den insgesamt 13 in der Abbildung 5 *rechts* positionierten Nennungen stammen neun aus der Gruppe ‚Süd‘. Mehrfachnennungen waren möglich, und so herrscht in einem Fall klarer Konsens: unabhängig, ob das gesellschaftspolitische Vokabular links oder rechts getüncht ist, als häufigste Beschreibung wird gewählt: „Bündnis90/Die Grünen sind [ökologisch]“ (n=15).

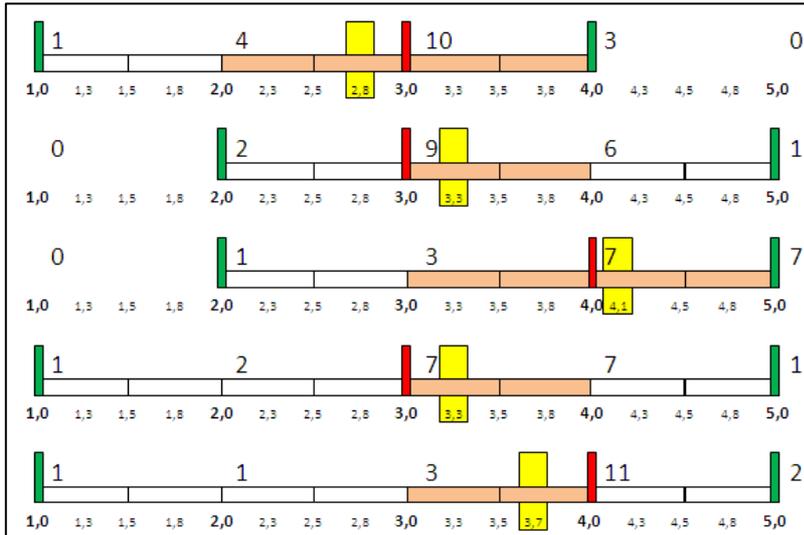
Im Wahlprogramm von 1994 beschließt die ehemalige Anti-Parteien-Partei, nun bewusst „ökologisch sensibilisierte *Besserverdiener*“ (!) ansprechen zu wollen (vgl. Blasberg 1999: 239) – eine erstaunlich ehrliche Milieubeschreibung fernab des egalitären Ideals. In Wirtschafts- und Sozialpolitik werden die Grünen zurzeit zwischen SPD und CDU verortet (vgl. Egle 2007: 120). ‚Aus der Mitte heraus‘¹⁵ ist es für sie schwierig, die Große Koalition plakativ anzugreifen. Dies bietet ihr allerdings die Möglichkeit, sich als sachlicher Akteur zu positionieren, während sich die beiden übrigen Oppositionsparteien in links-traditionellem und neoliberalen Populismus verlieren. Trotz einer eher ablehnenden Tendenz finden so auch die befragten Grünenpolitiker einige Argumente für eine Koalition mit CDU/CSU (Abb. 6). Undine Kurth notiert schließlich: „Wer verändern will, muss gestalten können!“

Argumente für Koalition mit CDU/CSU:	Politikfeld	Argumente gegen Koalition mit CDU/CSU:
Regierungsbeteiligung birgt größere Gestaltungsmöglichkeiten für ökologische Modernisierung und nachhaltige Entwicklung (Strukturwandel) [3]	WIRTSCHAFTSPOLITIK	programmatische Differenzen (u.a. Steuerpolitik) [3]
Festhalten am Atomausstieg [1]	ENERGIEPOLITIK	Einsatz der Atomkraft [6]
Grüne als sozialpolitischer Korrekturfaktor [1]	SOZIALPOLITIK	programmatische Differenzen (u.a. Minderheiten, Gender, Hartz, Integration) [7]
Schnittmenge „Bewahrung der Natur“ und Übereinstimmungen in Bioethik [2]	UMWELTPOLITIK	verschiedene Präferenzen (u.a. Verkehrspolitik) [4]
-/-	FRIEDENSPOLITIK / AP	Afghanistan-Einsatz [2]
Selbstbestimmung / Eigenverantwortung [2]	BÜRGERRECHTE	„Schäuble“ [2]
-/-	BILDUNGSPOLITIK	abweichende Schulmodelle [1]
Große Koalition verhindern (Alternativlosigkeit); Bedingung: ohne FDP [1]		Milieuunterschiede [5]
„Kann funktionieren“ (HH, FFM, Schwabach) [1]		Einfluss speziell in Schwabach zu gering, < FDP [1]
Verlässlichkeit der Union [4]		
n=9	Anzahl der Argumente	n=11

¹⁵ Die Grünen als *Partei der Mitte*? Diese Thematik wird aufgegriffen von Klose 2008 und Rolff 2008. | Abb. 6

Block I: Grünes Selbstverständnis

Grafische Auswertung nach Likert | Abb. 7



Ib. «Für mich ist das Wort ‚konservativ‘ negativ konnotiert.»

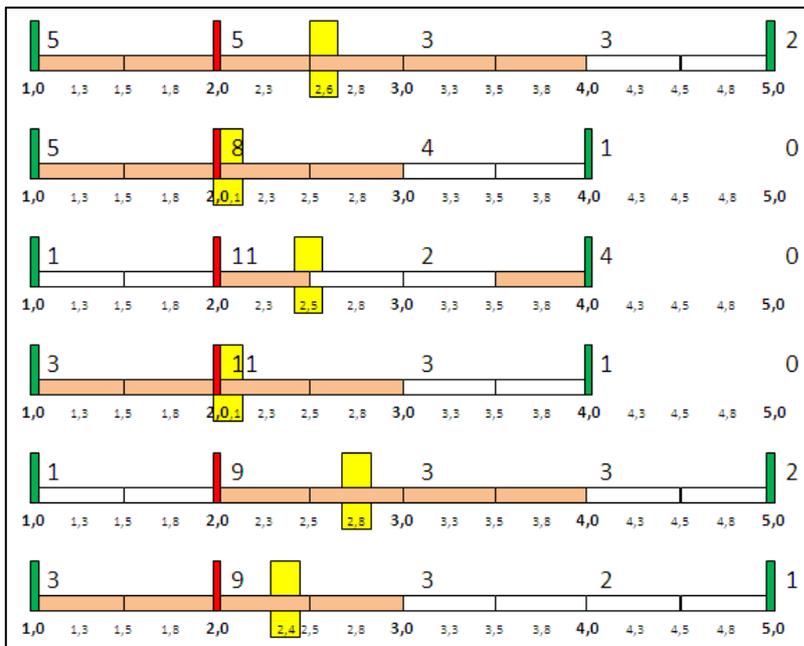
Ic. «Mit dem Wort ‚konservativ‘ assoziiere ich **Erhaltung** und **Bewahrung**.»

Id. «Kerngedanke grüner Politik ist nachhaltige Entwicklung und Schonung natürlicher Ressourcen. Insofern sind Bündnis 90/Die Grünen eine **bewahrende Partei**.»

Ie. «In der häufig zitierten „**Neuen Bürgerlichkeit**“ sehe ich ein grünes Wählermilieu.»

If. «Das schlechte Abschneiden der SPD zwingt die Grünen zum Umdenken: Neue Koalitionsmodelle müssen erwägt werden.»

Block II: Ausschluss von Koalitionsoptionen



Ila. «Eine rot-rot-grüne Koalition unter Beteiligung der Linken sollte auf **Bundesebene** ausgeschlossen werden.»

I Ib. «Eine rot-rot-grüne Koalition unter Beteiligung der Linken sollte auf **Länderebene** ausgeschlossen werden.»

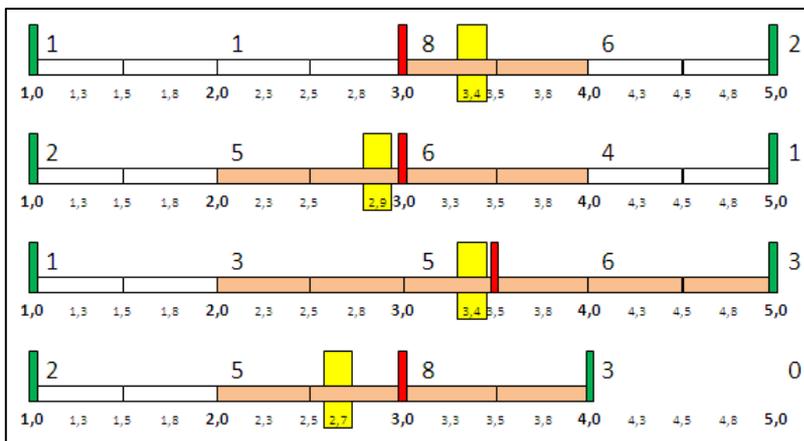
I Ic. «Eine schwarz-grüne Koalition mit der CDU/CSU sollte auf **Bundesebene** ausgeschlossen werden.»

I Id. «Eine schwarz-grüne Koalition mit der CDU oder der CSU sollte in den **Flächenländern** ausgeschlossen werden.»

I Ie. «Eine schwarz-gelb-grüne Koalition mit der CDU/CSU unter Beteiligung der FDP sollte auf **Bundesebene** ausgeschlossen werden.»

I If. «Eine schwarz-gelb-grüne Koalition mit der CDU oder der CSU unter Beteiligung der FDP sollte auf **Länderebene** ausgeschlossen werden.»

Block III: Perspektiven für Schwarz-Grün



IIIa. «Sofern Rot-Grün nach der Bundestagswahl 2009 keine Mehrheit erzielt, sollte die Partei Bündnis 90/Die Grünen als **Regierungspartei in einer anderen Koalition** wirken.»

IIIb. «Bei den Koalitionsmodellen Schwarz-Grün und Jamaika-Koalition handelt es sich um **strategisch sinnvolle Alternativen** zu Rot-Grün.»

IIIc. «Die Grünen könnten in einer schwarz-(gelb-)grünen Koalition auf Bundesebene als „**ökologisch-soziales Gewissen**“ fungieren.»

III f. «Ich begrüße Koalitionsbestrebungen mit der CDU/CSU auf Bundesebene.»

5. Fazit: Schwarz-Gelb-Grün im 17. Bundestag?

Die vorliegende Hausarbeit leistet innerhalb ihres begrenzten Rahmens einen kleinen Beitrag für die Koalitionstypologie, indem sie sämtliche deutsche Regierungsmuster seit 1990 auflistet, kategorisiert und somit den Novumscharakter von Dreierbündnissen unterstreicht.

Ausgehend von der normativ gestellten Frage, welche Chancen und Risiken sich für Bündnis 90/Die Grünen *im Allgemeinen* mit der Bildung einer Dreierkoalition und *im Speziellen* unter Beteiligung der ‚bürgerlichen Parteien‘ ergeben, zeigen die vorangegangenen Kapitel einen Überblick über die innerparteiliche Richtungsdebatte des letzten haben Jahres. Relativ schnell wird der limitierte Wirkungsgrad gängiger Koalitionstheorien deutlich. Besitzen Rikers ‚office seeking‘-Ansatz und Sabatiers ‚policy seeking‘-Modell zunächst noch hinreichend viel Aussagelogik, um die 19 Regierungskonstellationen im Bund seit 1949 und die 74 Regierungskonstellationen in den Ländern seit 1990 rückwirkend zu analysieren, so bietet insbesondere Rikers Theorieansatz keine zufriedenstellende Erklärungsfunktion für Annäherungsversuche der grünen Partei an das bürgerliche Parteienspektrum.

Eines steht fest: Die Diskussionen über Schwarz-Grün sind spätestens seit Hamburg *keine* „Scheindebatten“ (Zolleis 2008: 243) mehr. Im Sinne Sabatiers Modellvorstellung scheint eine kritische Reflexion von Unterschieden und Gemeinsamkeiten innerhalb der einzelnen Politikfelder (etwa: Energiepolitik) sinniger. Die größte Leistung der vorliegenden Arbeit ist in der Durchführung und Auswertung einer Befragung zu sehen, in der 18 Mitglieder des Bundestages politikfeldabhängige Argumente für und gegen eine Bundeskoalition mit CDU/CSU nennen. Selbstverständlich lässt sich über die Repräsentanz trefflich streiten: Wird die Parteibasis zufriedenstellend durch ihre Abgeordneten repräsentiert? Werden die 51 grünen Abgeordneten wiederum treffend durch jene 18 repräsentiert, die den Fragebogen ausfüllen? Kurzum: *Die* Wahlaussage der grünen Partei kann es nicht geben. Sollte im Mai – entsprechend der Vorarbeit durch die Fraktionsvorsitzenden – als Wunschziel eine Ampel-Koalition formuliert werden, so wird es freilich viele Grüne geben, die einem solchen Projekt skeptisch gegenüberstehen.

Was halten eigentlich Unionspolitiker zu den Überlegungen, frage ich mich. Mitten in der unionsinternen Debatte um ein konservativeres Profil der C-Parteien wirkt das Werben einiger weniger um die Grünen umso auffälliger, meist kommen die Stimmen von außen: Zu seinem 70. Geburtstag stellt Theo Waigel fest, das eine schwarz-grüne Zusammenarbeit auf Bundesebene „für die Demokratie belebend“ sein könnte: „Da soll man keine allzu großen Berührungängste haben“ (zit. n. Fahrenholz 22.04.09: 5), empfiehlt er seinen Nachfolgern. Auch immer mehr aktive Unionspolitiker sehen machtstrategische Gründe, zumal die CDU

lediglich *eine* Option für ein Dreierbündnis besitzt, die Grünen jedoch prinzipiell *drei*. Ausgerechnet Wolfgang Schäuble flirtet im Sommer 2007 mit der Umwelpartei und erklärt Schwarz-Grün für „realistisch“ (Niedermayer 2005: 31). Was spricht für diese Einschätzung, was dagegen?

Chancen: „In einem Bündnis mit der Union wären die Grünen das soziale Gewissen“ (Fietz 2007: 52). Kurz und knackig benennt Katrin Göring-Eckardt 2007 im Interview für den Cicero die tragende Rolle des grünen Korrekturfaktors. Sozusagen als ‚Oppositionspartei innerhalb der Regierung‘ könnten Grüne es als Herausforderung verstehen, Stärke zu beweisen und sachlich-kritisch Einfluss auf die Umweltverträglichkeit der bürgerlichen *outcomes* zu nehmen. Als Gegenleistung für die Mehrheitsbeschaffung könnte so von Anfang an die Gewährleistung des Atomausstiegs im Koalitionsvertrag verankert werden. Wichtig ist also nicht das Schielen auf dogmatische Lagerbildung, sondern eine Konzentration auf inhaltliche Durchsetzbarkeit von Umweltthemen. In der Hausarbeit stellte sich Schwarz-Grün als süddeutsch dominiertes Projekt heraus. Vor der ersten Bundeskoalition wäre ein Beweis der Regierungsfähigkeit unter ‚vereinfachten Bedingungen‘ hilfreich. Mein persönliches Fazit: Die parlamentarische Zusammenarbeit von Konservativen und Grünen stellt eine Zäsur im Parteiensystem der Bundesrepublik dar, ähnlich wie seinerzeit Rot-Grün. Doch bevor sich die Parteien auf ein solches Wagnis im Bund einlassen, bedarf es einer Festigung in Flächenländern.

Risiken: Aber nicht um jeden Preis. Eine gesunde Demokratie lebt von starker, auch mal ungeschliffener Repräsentanz von Interessen. Durch die kritiklose Öffnung hin zum Neoliberalismus ließe man das gewachsene, traditionelle Grünen-Milieu im Stich und nähme in Kauf, dass eine Konkurrentin stärker gemacht würde als sie ist: Die Linke. Möchten sich andererseits die *liberalen* Grünen in ihrer Partei dauerhaft mit ihrer Position durchsetzen, die FDP im Parteiensystem überflüssig zu machen (vgl. Raschke 2001: 431), dann sind sie langfristig auf dem richtigen Weg, sich thematisch an die Freidemokraten anzuschmiegen und eine Koalition mit CDU/CSU voranzutreiben. Die Bündnisgrünen nähmen dann auf, was die Liberalen aus dem Freiburger Programm haben liegen lassen: „die Verbindung von Markt, Ökologie und sozialer Gerechtigkeit – als Marktwirtschaftler“ (Raschke 2001: 433). Für die chronisch zerstrittenen Grünen bedeutete dies erneut innerparteilicher Streit.

Die Diskussionen um mögliche Machterhaltungsstrategien fordern ihre ersten prominenten Opfer. Oswald Metzger, lautester Liberaler, verlässt die Partei, weil sie ihm nicht gelb genug ist. Angelika Beer, die ehemalige Vorsitzende, tut es ihm gleich, weil ihr die Grünen zu wenig rot erscheinen (vgl. Fried 30.03.09: 5). Die Bündnisgrünen sollten sich so kleiden, wie es ihnen am besten steht: nicht gelb, nicht rot, sondern grün.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Kapitel 2

Abbildung 1	Koalitionsmodelle: Idealtypen nach Riker.....	03
Abbildung 2	Koalitionsmodelle: Sonderfälle	03
Tabelle 1	Sabatier: Belief System.....	05

Kapitel 3

Tabelle 2	Regierungsdauer der Bundesparteien 1949 bis 2009.....	07
Tabelle 3	Regierungsdauer der Bundeskoalitionen 1949 bis 2009.....	08
Tabelle 4	Mandatsverteilungen in den Bundestagen 1961 bis 2009.....	09
Tabelle 5	Regierungen in den Ländern nach 1990	11

Kapitel 4

Abbildung 3	Musterbeispiel einer grafischen Auswertung nach Likert	19
Abbildung 4	Umfrage: Ausschluss von Koalitionsmodellen.....	19
Abbildung 5	Umfrage: Programmatische Ausrichtung der Grünen	20
Abbildung 6	Umfrage: Argumente für/gegen eine Koalition mit CDU/CSU	21
Abbildung 7	Umfrage: Grafische Auswertung nach Likert.....	22

Alle Darstellungen sind selbst erstellt, die Daten wurden eigenständig recherchiert (siehe Fußnoten).

Literaturverzeichnis

i) Monographien und Sammelbände

- Blasberg, Annette, Der Diskurs von Ökologie und Risiko. Eine Analyse der programmatischen Aussagen der Grünen, LIT: Münster/Hamburg, 1999.
- Diekmann, Andreas, Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Rowohlt: Hamburg, 2008, 19. Auflage.
- Egle, Christoph/Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.), Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002 bis 2005, VS Verlag: Wiesbaden, 2007.
- Jandura, Olaf, Kleinparteien in der Mediendemokratie, VS Verlag: Wiesbaden, 2007.
- Klein, Markus/ Falter, Jürgen W., Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Bewegung, Verlag C. H. Beck: München, 2003.
- Kropp, Sabine/Sturm, Roland, Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen. Theorie, Analyse und Dokumentation, Leske + Budrich: Opladen, 1998.
- Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, VS Verlag: Wiesbaden, 2008.
- Raschke, Joachim, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Bund-Verlag: Köln, 1993.
- Raschke, Joachim, Die Zukunft der Grünen. So kann man nicht regieren, Campus Verlag: Frankfurt am Main/New York, 2001.
- Rudzio, Wolfgang, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, VS Verlag: Wiesbaden, 2006, 7. Auflage.
- Schmidt, Manfred G., Wörterbuch zur Politik, Kröner: Stuttgart, 2004, 2. Auflage.
- Zolleis, Udo, Die CDU. Das politische Leitbild im Wandel der Zeit, VS Verlag: Wiesbaden, 2008.

ii) Artikel aus Sammelbänden

- Egle, Christoph, In der Regierung erstarrt? Die Entwicklung von Bündnis 90/Die Grünen von 2002 bis 2005, in: Egle, Christoph/Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.), Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002 bis 2005, VS Verlag: Wiesbaden, 2007, S. 98-123.
- Niedermayer, Oskar, Das fluide Fünfparteiensystem nach der Bundestagswahl 2005, in: Ders. (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, VS Verlag: Wiesbaden, 2008, S. 9-35

iii) Zeitschriftenartikel

- Fietz, Martina, Interview mit Katrin Göring-Eckardt: Kommt jetzt Schwarz-Grün?, in: Cicero, Nr. 2, Jg. 2007, S. 52-53.
- Klose, Kai, Links-Mitte-Rechts ist gestern. Die grünen Themen sind im Zentrum angekommen, in: Böll.Thema, Nr. 2, Jg. 2008, S. 30.
- Krömer, Dirk, Hamburg von A bis Z. Schwarz-grünes Alphabet, in: *schrägstrich*, Nr. 2, Juni 2008, S. 16-18.
- Lemke, Steffi, Ankunft im Fünfparteiensystem, in: *schrägstrich*, Nr. 1, März 2008, S. 26-27.
- May, Helge/Klinkusch, Kathrin, Interview mit Cem Özdemir: „Im Zweifel für die Umwelt“, in: Naturschutz heute, Nr. 1, Jg. 2009, S. 6-7.
- Pflüger, Friedbert, Schwarz-Grün für Berlin, in: Cicero, Nr. 4, Jg. 2007, S. 68-71.
- Rolff, Dieter, Links ist da, wo die Regierung rechts ist, in: Böll.Thema, Nr. 2, Jg. 2008, S. 19-21.

iv) Zeitungsartikel (Längsschnittanalyse: SZ, 13.10.2008 bis 23.04.2009)

- Bauchmüller, Michael, Interview mit Renate Künast: „Wir brauchen Beipackzettel für Geldanlagen“, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 249, 25./26.10.2008, Wirtschaft, S. 25.
- Berth, Felix, Abteilung Attacke sammelt sich, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 261, 10.11.2008, Politik, S. 5.
- Berth, Felix, Der Vorteil der politischen Nische, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 250, 27.10.2008, Politik, S. 6.
- Berth, Felix, Jung, radikal und stachelig, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 255, 03.11.2008, Politik, S. 6.
- Berth, Felix, Konservative Junge Union, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 260, 08./09.11.2008, Politik, S. 8.
- Berth, Felix, Radikale Jugendträume, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 261, 10.11.2008, Meinung, S. 4.
- Berth, Felix, Unionsfrauen fordern Gleichstellung, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 33, 10.02.2009, Politik, S. 6.
- Blehschmidt, Peter, Absage an die Ampel, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 91, 21.04.2009, Politik, S. 5.
- Blehschmidt, Peter, Münteferings Sirenengesang, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 26, 02.02.2009, Politik, S. 6.
- Blehschmidt, Peter, Westerwelle wundert sich, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 16, 21.01.2009, Politik, S. 6.
- Blehschmidt, Peter/Hulverscheidt, Claus, Vor der Bundestagswahl 2009. Alle Parteien verzichten auf Koalitionsaussage, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 299, 24./25./26.12.2008, Politik, S. 1.
- Braun, Stefan, CDU plant neue Debatte über Leitkultur, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 301, 29.12.2008, Politik, S. 5.
- Braun, Stefan, Die Union sucht ihren Kurs, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 271, 21.11.2008, Politik, S. 6.
- Braun, Stefan, In der Ruhe sucht sie Kraft, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 280, 02.12.2008, Die Seite Drei, S. 3.
- Braun, Stefan, Rüttgers kritisiert CDU-Programm, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 245, 21.10.2008, Politik, S. 7.
- Braun, Stefan, Sprachlos in Stuttgart, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 279, 01.12.2008, Thema des Tages, S. 2.
- Braun, Stefan, Verunsicherte CDU, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 23, 29.01.2009, Meinung, S. 4.
- Braun, Stefan/Roth, Kassian, Das Scheitern des Umwelt-Gesetzbuches. Ideen für die grüne Tonne, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 27, 03.02.2009, Thema des Tages, S. 2.
- Brössler, Daniel, Ärger bei den Grünen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 240, 15.10.2008, Politik, S. 6.
- Brössler, Daniel, Alle locken Al-Wazir, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 18, 23.01.2009, Politik, S. 7.
- Brössler, Daniel, Al-Wazir plant ohne SPD, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 257, 05.11.2008, Politik, S. 5.
- Brössler, Daniel, Das (Wind)rad dreht sich, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 90, 20.04.2009, Meinung, S. 4.
- Brössler, Daniel, Die Grünen gehen wieder auf die Straße, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 260, 08./09.11.2008, Politik, S. 8.
- Brössler, Daniel, Die richtige Stelle muss es sein, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 267, 17.11.2008, Die Seite Drei, S. 3.

- Brössler, Daniel, Ein Gedemütigter rafft sich auf, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 239, 14.10.2008, Politik, S. 5.
- Brössler, Daniel, Ein gelernter Hürdenläufer, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 240, 15.10.2008, Die Seite Drei, S. 3.
- Brössler, Daniel, Ein Traum – schier unerreichbar, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 20, 26.01.2009, Meinung, S. 4.
- Brössler, Daniel, Entthronung des Ungekrönten, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 238, 13.10.2008, Meinung, S. 4.
- Brössler, Daniel, Erfolgreiche Verlierer, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 15, 20.01.2009, Politik, S. 6.
- Brössler, Daniel, Gemobbt und abgehalftert, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 239, 14.10.2008, Politik, S. 5.
- Brössler, Daniel, Geschwächter Kandidat, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 239, 14.10.2008, Meinung, S. 4.
- Brössler, Daniel, Grüne Absage an die Linke, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 6, 09.01.2009, Politik, S. 5.
- Brössler, Daniel, Grüne Basis gegen Ampel, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 90, 20.04.2009, Politik, S. 6.
- Brössler, Daniel, Grüne bremsen erstarkte Liberale aus, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 16, 21.01.2009, Politik, S. 5.
- Brössler, Daniel, Grüne eifern Obama nach, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 48, 27.02.2009, Politik, S. 6.
- Brössler, Daniel, Grüne Freiheit, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 91, 21.04.2009, Politik, S. 5.
- Brössler, Daniel, Grüne müssen nachsitzen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 275, 26.11.2008, Politik, S. 7.
- Brössler, Daniel, Grüne wählen Kandidaten, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 17, 22.01.2009, Politik, S. 5.
- Brössler, Daniel, Grüner Rollentausch, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 266, 15./16.11.2008, Politik, S. 7.
- Brössler, Daniel, Joschka nervt die Grünen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 262, 11.11.2008, Politik, S. 5.
- Brössler, Daniel, Mit Ökologie gegen die Rezession, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 19, 24./25.01.2009, Politik, S. 5.
- Brössler, Daniel, Niederlage für Özdemir, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 238, 13.10.2008, Politik, S. 5.
- Brössler, Daniel, Profil: Fritz Kuhn. Grüner Realo mit Gegenwind aus der eigenen Partei, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 241, 16.10.2008, Meinung, S. 4.
- Brössler, Daniel, Rede ins Rampenlicht, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 20, 26.01.2009, Politik, S. 6.
- Brössler, Daniel, Sehnsucht nach rauflustiger Opposition, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 267, 17.11.2008, Meinung, S. 4.
- Brössler, Quartett der Querelen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 43, 21./22.02.2009, Politik, S. 6.
- Brössler, Daniel, Zerwürfnis bei den Realos, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 241, 16.10.2008, Politik, S. 6.
- Brössler, Daniel/Berth, Felix (2008), Rückkehrer, Neulinge und Platzhirsche. Bundesparteitag der Grünen in Erfurt. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 265, 14.11.2008, S. 8.
- Brössler, Daniel/Fried, Nico/Höll, Susanne, Vereint gegen Westerwelle, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 17, 22.01.2009, Politik, S. 7.
- Deininger, Roman, Kreuzberger Kandidaten, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 251, 28.10.2008, Politik, S. 6.

- Deutsche Presseagentur, CDU schwärmt für FDP, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 5, 08.01.2009, Politik, S. 6.
- Deutsche Presseagentur, Merkel will FDP als Partner, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 7, 10./11.01.2009, Politik, S. 6.
- Deutsche Presseagentur, Özdemir führt die Grünen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 267, 17.11.2008, Politik, S. 1.
- Deutsche Presseagentur, Trittin führt Landesliste an, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 255, 03.11.2008, Politik, S. 6.
- Deutsche Presseagentur, Union bei Wirtschaftsthemen vorn, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 7, 10./11.01.2009, Politik, S. 5.
- Deutscher Depeschendienst, Chancetod des Jahres: GAL, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 246, 22.10.2008, Politik, S. 6.
- Deutscher Depeschendienst, Grüne Doppelspitze, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 32, 09.02.2009, Politik, S. 6.
- Deutscher Depeschendienst, Mit neuer Spitze ins Wahljahr, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 267, 17.11.2008, Politik, S. 6.
- Dörries, Bernd, Die grüne Harmonie ist Vergangenheit, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 277, 28.11.2008, Politik, S. 7.
- Emnid TNS, Umfrage: „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären...“. Zeitraum: 20.-27.04.2009; URL: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/emnid.htm> [30.04.2009].
- Esslinger, Detlef, Fünf Parteien und ein Nadelöhr, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 256, 04.11.2008, Thema des Tages, S. 2.
- Esslinger, Detlef, Zwischen Mut und Übermut, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 279, 01.12.2008, Politik, S. 6.
- Fahrenholz, Peter, Das kleinere Übel, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 46, 25.02.09, Meinung, S. 4.
- Fahrenholz, Peter, „Keine Berührungängste haben“, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 92, 22.04.2009, Politik, S. 5.
- Fried, Nico, Beer verlässt die Grünen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 74, 30.03.2009, Politik, S. 5.
- Fried, Nico, Die blockierte Republik, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 268, 18.11.2008, Politik, S. 5.
- Fried, Nico, Merkel lässt Umwelt-Gesetzbuch fallen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 27, 03.02.2009, Politik, S. 1.
- Fried, Nico, Profil: Cem Özdemir. Grünen-Chef mit Problemen beim Generationswechsel, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 19, 24./25.01.2009, Meinung, S. 4.
- Fried, Nico/Brössler, Daniel, Interview mit Jürgen Trittin: „Manchmal lernen die anderen Parteien von uns“, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 264, 13.11.2008, Politik, S. 6.
- Fried, Nico/Brössler, Daniel/Blehschmidt, Peter/Höll, Susanne, Strohleute, Kreide und die hessische Krankheit, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 262, 11.11.2008, Politik, S. 5.
- Fried, Nico/Ramelsberger, Annette, 35 zu 34, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 266, 15./16.11.2008, Politik, S. 7.
- Hickmann, Christoph, Alles auf Anfang, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 301, 29.12.2008, Politik, S. 5.
- Hickmann, Christoph, Das Ende aller Hoffnungen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 259, 07.11.2008, Politik, S. 7.
- Hickmann, Christoph, Die Krisen-Gewinnler, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 9, 13.01.2009, Politik, S. 5.
- Hickmann, Christoph, Eine Personalie, die Sprengstoff birgt, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 249, 25./26.10.2008, Politik, S. 7.
- Hickmann, Christoph, Hessens CDU greift an, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 277, 28.11.2008, Politik, S. 6.

- Hickmann, Christoph, Jede Stimme zählt, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 254, 31.10.-01./02.11.2008, Politik, S. 5.
- Hickmann, Christoph, Linke will Rot-Grün tolerieren, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 238, 13.10.2008, Politik, S. 5.
- Hickmann, Christoph, SPD und Grüne in Hessen vereinbaren Koalition, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 249, 25./26.10.2008, Politik, S. 1.
- Hickmann, Christoph/Höll, Susanne, In Hessen zeichnen sich Neuwahlen ab, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 257, 05.11.2008, Politik, S. 1.
- Hickmann, Christoph/Höll, Susanne, Neuwahl in Hessen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 259, 07.11.2008, Politik, S. 1.
- Hulverscheidt, Claus, Das Ende wirft seine Schatten voraus. Die große Koalition hat sich erschöpft, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 53, 06.03.2009, Politik, S. 1.
- Jung, Matthias, Und es gewinnt: die FDP, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 48, 27.02.2009, Außenansicht, S. 2.
- Kahlweit, Cathrin, Profil: Jörg-Uwe Hahn. Größter Sieger bei der Hessenwahl, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 14, 19.01.2009, Meinung, S. 4.
- Kister, Kurt, Die Kanzlerparteichefin, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 37, 14./15.02.2009, Meinung, S. 4.
- Kister, Kurt, Vielleicht ist es nötig, die SPD zu mögen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 299, 24./25./26.12.2008, Meinung, S. 4.
- Mayer, Christian, Cem Elvis Özdemir, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 268, 18.11.2008, Panorama, S. 9.
- Nitschmann, Johannes, Die Grünen lassen Blumen sprechen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 68, 23.03.2009, Politik, S. 5.
- Nitschmann, Johannes, Rache am grünen Kritiker, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 273, 24.11.2008, Politik, S. 6.
- Roth, Wolfgang, Wiedersehen am Castor, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 257, 05.11.2008, Politik, S. 1.
- Schneider, Jens, Frostig vereint, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 261, 10.11.2008, Die Seite Drei, S. 3.
- Schneider, Jens, Renaissance der Urgrünen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 261, 10.11.2008, Meinung, S. 4.
- Schneider, Jens, Sorge vor Atomstrahlen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 25, 31.01./01.02.2009, Politik, S. 6.
- Wiegand, Ralf, Experiment gescheitert, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 45, 24.02.2009, Politik, S. 6.
- Wiegand, Ralf, In der Mitte der Macht, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 252, 29.10.2008, Politik, S. 6.
- Wiegand, Ralf, Protest aus dem Klassenzimmer, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 90, 20.04.2009, Politik, S. 6.

v) Primärquelle

- Bahro, Rudolf, Grün passt zu keiner anderen Parteifarbe. Rede auf der offenen Bundes-Delegiertenkonferenz in Hannover, 04.06.1983, in: Ders. (Hrsg.), Pfeiler am anderen Ufer. Beiträge zur Politik der Grünen von Hagen bis Karlsruhe, Befreiung: Berlin, 1984.

vi) Wahlarchive der Landeswahlleiter

- Wahlleiter Baden-Württemberg, URL: <http://im.baden-wuerttemberg.de/de/Wahlen/83338.html> [12.03.2009].
- Wahlleiter Bayern, URL: <http://www.statistik.bayern.de/wahlen/> [12.03.2009].
- Wahlleiter Berlin, URL: <http://www.wahlen-berlin.de/> [12.03.2009].
- Wahlleiter Brandenburg, URL: <http://www.wahlen.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.294757.de> [12.03.2009].
- Wahlleiter Bremen, URL: <http://www.statistik.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen02.c.730.de> [14.03.2009].
- Wahlleiter Hamburg, URL: <http://www.hamburg.de/wahlen/> [12.03.2009].
- Wahlleiter Hessen, URL: <http://www.wahlen.hessen.de/> [12.03.2009].
- Wahlleiter Mecklenburg-Vorpommern, URL: <http://www.wahlen.m-v.de> [12.03.2009].
- Wahlleiter Niedersachsen, URL: http://www.landeswahlleiter.niedersachsen.de/master/C30442404_L20_D0.html [13.03.2009].
- Wahlleiter Nordrhein-Westfalen, URL: <http://www.im.nrw.de/bue/28.htm> [13.03.2009].
- Wahlleiter Rheinland-Pfalz, URL: <http://www.wahlen.rlp.de/index.html> [13.03.2009].
- <http://www.saarland.de/wahlen.htm> [13.03.2009].
- Wahlleiter Sachsen, URL: http://www.statistik.sachsen.de/wahlen/allg/Seite_1.htm [13.03.2009].
- Wahlleiter Sachsen-Anhalt, URL: <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/gk/fms/fms2b.htm> [13.03.09].
- Wahlleiter Schleswig-Holstein, URL: <http://www.statistik-sh.de/KW08/index.htm> [13.03.09].
- Wahlleiter Thüringen, URL: <http://www.wahlen.thueringen.de/WahlSeite.asp> [13.03.2009].
-

Anhang

- a) Tabelle 5: Regierungen in den Ländern nach 1990 (1 Seite)
- b) *Umfrage* – Fragebogen (4 Seiten)
- c) *Umfrage* – Teilnahme (1 Seite)
- d) *Umfrage* – Auswertung (3 Seiten)
- e) Pressespiegel (7 Seiten)

Koalitionsregierungen in den Ländern nach 1990

Stand: 14.03.2009

Legislaturperioden	nach 1990	nach 1994	nach 1998	nach 2002	nach 2006**	n
	Mec90, San90, Thü90	Baw96	Hes99	Baw01, Nie03, Nrw05, San02	Baw06, Bay08, Hes09, Nie08	n=13
	Bay90, Sax90	Bay94, Sax94	Bay98, Sar99, Sax99, Thü99	Bay03, Ham04, Hes03, Sar04, Thü04		n=13
	Hes91, Nie90	Ham97, Hes95, Nrw95, San94*, Shl96	Ber01, Nrw00, Shl00	Bre07		n=11
	Ham90, Nrw90, Sar90, Shl92	Bra94, Nie94, Sar94	Nie98, San98*	Rlp06		n=10
	Baw92, Ber90	Ber95, Mec94, Thü94	Ber99	Sax04, Shl05	San06	n=9
		Bre95	Bra99, Bre99	Bra04, Bre03	Mec06	n=6
			Mec98	Ber02, Mec02	Ber06	n=4
	Rlp91	Rlp96	Rlp01			n=3
	Bra90, Bre91					n=2
				Ham08		n=1
			Ham01			n=1
	Ham93					n=1
M=12 (8 Parteien)	m=8 (6 Parteien)	m=7 (5 Parteien)	m=9 (7 Parteien)	m=5 (5 Parteien)	m=7+x (6+y Parteien)	N=74

*) San98/94: Minderheitsregierungen (Magdeburger Modell)

) Wahlen in 2009/10: Bra, Nrw, Sar, Sax, Shl, Thü **fett gedruckt: grüne Regierungsbeteiligungen (14)

Baw = Baden-Württemberg, Bay = Bayern, Ber = Berlin, Bra = Brandenburg, Bre = Bremen, Ham = Hamburg, Hes = Hessen, Mec = Mecklenburg-Vorpommern, Nie = Niedersachsen, Nrw = Nordrhein-Westfalen, Rlp = Rheinland-Pfalz, San = Saarland, Sax = Sachsen, Shl = Schleswig-Holstein, Thü = Thüringen

Geschätzte Dauer: < 5 Minuten

Guten Tag.

Es freut mich sehr, dass Sie meinen Fragebogen ausfüllen.

Ich studiere Politikwissenschaft an der Universität Bremen. Die Ergebnisse der Umfrage verwende ich ausschließlich für eine Hausarbeit. Diese trägt den Titel:

**«Quo vadis Schwampel?
Chancen und Risiken schwarz-(gelb-)grüner Koalitionen».**

Falls gewünscht, schicke ich Ihnen gerne ein fertiges Exemplar der Arbeit zu.

Gruß aus dem Emsland

Christian Sören Beyer

Block 0: Persönliche Angaben

- 0a. Bitten Sie um Anonymisierung? ja nein
- 0b. Geschlecht: weiblich männlich
- 0c. Wie alt sind Sie? < 35 J. 35 - 44 J. 45 - 54 J.
 55 - 60 J. > 60 J.
- 0d. In welchem Land befindet sich ihr Wahlkreis? / Auf welcher Landesliste stehen Sie?
- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Baden-Württemberg | <input type="checkbox"/> Niedersachsen |
| <input type="checkbox"/> Bayern | <input type="checkbox"/> Nordrhein-Westfalen |
| <input type="checkbox"/> Berlin | <input type="checkbox"/> Rheinland-Pfalz |
| <input type="checkbox"/> Brandenburg | <input type="checkbox"/> Saarland |
| <input type="checkbox"/> Bremen | <input type="checkbox"/> Sachsen |
| <input type="checkbox"/> Hamburg | <input type="checkbox"/> Sachsen-Anhalt |
| <input type="checkbox"/> Hessen | <input type="checkbox"/> Schleswig-Holstein |
| <input type="checkbox"/> Mecklenburg-Vorpommern | <input type="checkbox"/> Thüringen |

Block I: Grünes Selbstverständnis

Ia. Sie werden von einer Gruppe Jungwähler in der Fußgängerzone zur programmatischen Ausrichtung der Bündnisgrünen befragt. Wie antworten Sie? Mehrfachnennung möglich.

«Bündnis 90/Die Grünen sind ...

- basisdemokratisch bürgerlich ideologiefrei ideologisch
 interventionistisch links-alternativ marktbejahend mittig
 ökologisch pazifistisch sozialistisch wertekonservativ

_____.»

Ib. «Für mich ist das Wort ‚konservativ‘ negativ konnotiert.»

stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	teils / teils	stimme zu	stimme voll zu
(1) <input type="checkbox"/>	(2) <input type="checkbox"/>	(3) <input type="checkbox"/>	(4) <input type="checkbox"/>	(5) <input type="checkbox"/>

Ic. «Mit dem Wort ‚konservativ‘ assoziiere ich **Erhaltung** und **Bewahrung**.»

stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	teils / teils	stimme zu	stimme voll zu
(1) <input type="checkbox"/>	(2) <input type="checkbox"/>	(3) <input type="checkbox"/>	(4) <input type="checkbox"/>	(5) <input type="checkbox"/>

Id. «Kerngedanke grüner Politik ist nachhaltige Entwicklung und Schonung natürlicher Ressourcen. Insofern sind Bündnis 90/Die Grünen eine **bewahrende Partei**.»

stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	teils / teils	stimme zu	stimme voll zu
(1) <input type="checkbox"/>	(2) <input type="checkbox"/>	(3) <input type="checkbox"/>	(4) <input type="checkbox"/>	(5) <input type="checkbox"/>

Ie. «In der häufig zitierten „**Neuen Bürgerlichkeit**“ sehe ich ein grünes Wählermilieu.»

stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	teils / teils	stimme zu	stimme voll zu
(1) <input type="checkbox"/>	(2) <input type="checkbox"/>	(3) <input type="checkbox"/>	(4) <input type="checkbox"/>	(5) <input type="checkbox"/>

If. «Das schlechte Abschneiden der SPD zwingt die Grünen zum Umdenken: Neue Koalitionsmodelle müssen erwägt werden.»

stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	teils / teils	stimme zu	stimme voll zu
(1) <input type="checkbox"/>	(2) <input type="checkbox"/>	(3) <input type="checkbox"/>	(4) <input type="checkbox"/>	(5) <input type="checkbox"/>

Block II: Koalitionsoptionen – Ausschluss

Ila. «Eine rot-rot-grüne Koalition unter Beteiligung der Linken sollte auf **Bundesebene** ausgeschlossen werden.»

stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	teils / teils	stimme zu	stimme voll zu
(1) <input type="checkbox"/>	(2) <input type="checkbox"/>	(3) <input type="checkbox"/>	(4) <input type="checkbox"/>	(5) <input type="checkbox"/>

Ilb. «Eine rot-rot-grüne Koalition unter Beteiligung der Linken sollte auf **Länderebene** ausgeschlossen werden.»

stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	teils / teils	stimme zu	stimme voll zu
(1) <input type="checkbox"/>	(2) <input type="checkbox"/>	(3) <input type="checkbox"/>	(4) <input type="checkbox"/>	(5) <input type="checkbox"/>

Ilc. «Eine schwarz-grüne Koalition mit der CDU/CSU sollte auf **Bundesebene** ausgeschlossen werden.»

stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	teils / teils	stimme zu	stimme voll zu
(1) <input type="checkbox"/>	(2) <input type="checkbox"/>	(3) <input type="checkbox"/>	(4) <input type="checkbox"/>	(5) <input type="checkbox"/>

Ild. «Eine schwarz-grüne Koalition mit der CDU oder der CSU sollte in den **Flächenländern** ausgeschlossen werden.»

stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	teils / teils	stimme zu	stimme voll zu
(1) <input type="checkbox"/>	(2) <input type="checkbox"/>	(3) <input type="checkbox"/>	(4) <input type="checkbox"/>	(5) <input type="checkbox"/>

Ile. «Eine schwarz-gelb-grüne Koalition mit der CDU/CSU unter Beteiligung der FDP sollte auf **Bundesebene** ausgeschlossen werden.»

stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	teils / teils	stimme zu	stimme voll zu
(1) <input type="checkbox"/>	(2) <input type="checkbox"/>	(3) <input type="checkbox"/>	(4) <input type="checkbox"/>	(5) <input type="checkbox"/>

Ilf. «Eine schwarz-gelb-grüne Koalition mit der CDU oder der CSU unter Beteiligung der FDP sollte auf **Länderebene** ausgeschlossen werden.»

stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	teils / teils	stimme zu	stimme voll zu
(1) <input type="checkbox"/>	(2) <input type="checkbox"/>	(3) <input type="checkbox"/>	(4) <input type="checkbox"/>	(5) <input type="checkbox"/>

Block III: Koalitionsoptionen – Perspektiven

IIIa. «Sofern *Rot-Grün* nach der Bundestagswahl 2009 keine Mehrheit erzielt, sollte die Partei Bündnis 90/Die Grünen als **Regierungspartei in einer anderen Koalition** wirken.»

stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	teils / teils	stimme zu	Stimme voll zu
(1) <input type="checkbox"/>	(2) <input type="checkbox"/>	(3) <input type="checkbox"/>	(4) <input type="checkbox"/>	(5) <input type="checkbox"/>

IIIb. «Bei den Koalitionsmodellen *Schwarz-Grün* und *Jamaika-Koalition* handelt es sich um **strategisch sinnvolle Alternativen** zu *Rot-Grün*.»

stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	teils / teils	stimme zu	stimme voll zu
(1) <input type="checkbox"/>	(2) <input type="checkbox"/>	(3) <input type="checkbox"/>	(4) <input type="checkbox"/>	(5) <input type="checkbox"/>

IIIc. «Die Grünen könnten in einer schwarz-(gelb-)grünen Koalition auf Bundesebene als **„ökologisch-soziales Gewissen“** fungieren.»

stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	teils / teils	stimme zu	Stimme voll zu
(1) <input type="checkbox"/>	(2) <input type="checkbox"/>	(3) <input type="checkbox"/>	(4) <input type="checkbox"/>	(5) <input type="checkbox"/>

III d. Meine Argumente **für** eine Regierungszusammenarbeit mit der CDU/CSU auf Bundesebene:

III e. Meine Argumente **gegen** eine Regierungszusammenarbeit mit der CDU/CSU auf Bundesebene:

III f. «Ich begrüße Koalitionsbestrebungen mit der CDU/CSU auf Bundesebene.»

stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	teils / teils	stimme zu	stimme voll zu
(1) <input type="checkbox"/>	(2) <input type="checkbox"/>	(3) <input type="checkbox"/>	(4) <input type="checkbox"/>	(5) <input type="checkbox"/>

Teilnahme an der Befragung

	Name	Datum	ja		nein
01	Kerstin Andreae (WK Freiburg)	19. Februar			X
02	Biggi Bender (BT)	=			X
03	Ulrike Höfken (BT)	=			X
04	Jürgen Trittin (WK Göttingen)	=			X
05	Josef Winkler (WK Koblenz)	=			X
06	Claudia Roth (BT)	=			X
07	Kai Gehring (BT)	=			X
08	Elisabeth Scharfenberg (BT)	=			X
09	-anonym- (WK)	=	X	Brief	
10	-anonym- (WK)	=	X	Brief	
11	Volker Beck (BT)	20. Februar			X
12	*Undine Kurth (BT)	=	X	Brief	
13	-anonym- (BT)	22. Februar	X	Brief	
14	Monika Lazar (BT)	=	X	Brief	
15	Alexander Bonde (WK Emmendingen)	23. Februar			X
16	*Hans-Christian Ströbele (BT)	=	X	Brief	
17	*Dr. Uschi Eid (BT)	24. Februar	X	Brief	
18	Christine Scheel (BT)	=	X	Brief	
19	Fritz Kuhn (BT)	25. Februar			X
20	Bettina Herlitzius (WK Aachen)	=	X	Brief	
21	Irmingard Schewe-Gerigk (BT)	26. Februar	X	Mail	
22	Renate Künast (BT)	=			X
23	-anonym- (BT)	=	X	Brief	
24	Rainer Steenblock (BT)	=	X	Brief	
25	Omid Nouripour (BT)	27. Februar	X	Mail	
26	Thilo Hoppe (WK Aurich)	02. März		PM	X
27	Dr. Harald Terpe (WK Rostock)	=	X	Brief	
28	Brigitte Pothmer (WK Hildesheim)	03. März			X
29	Winne Hermann (WK Tübingen)	=	X	Brief	
30	Priska Hinz (BT)	04. März			X
31	Bärbel Höhn (BT)	06. März			X
32	Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BT)	=	X	Brief	
33	Gerhard Schick (BT)	09. März			X
34	Grietje Staffelt (BT)	10. März			X
35	Dr. Anton Hofreiter (BT)	=	X	Mail	
36	Silke Stokar (BT)	=			X
37	Winfried Nachtwei (privat)	14. März	X	Mail	

	51 Befragte (100%) 37 Rückmeldungen (73%)	18.02.09 bis 14.03.09	18 (35%)		19 (37%)
--	--	-----------------------	-------------	--	-------------

[befragte]	[länder]				[alter]
n (w) = 7	Bay = 4	Saxan = 1	NRW = 5	bis 35 = 2	
n (m) = 11	BaWü = 2	Sax = 1	S-H = 1	35-44 = 4	
n (ges) = 18		Berlin = 1	Hes = 2	45-54 = 4	
		McPom = 1		55-60 = 4	
-----	-----	-----	-----	60+ = 4	
anonym = 16	Süd = 6	N-Ost = 4	N-West = 8		

Σ	1	2	3	4	5	Mittel	Median	Modus
---	---	---	---	---	---	--------	--------	-------

IIb **1-4**

gesamt	1	4	10	3	-	2,8	3	3
-35	-	1	-	1	-	3,0		
35-	-	-	2	2	-	3,5		
45-	-	1	3	-	-	2,8		
55-	1	1	2	-	-	2,3		
60+	-	1	3	-	-	2,8		
N-Ost	-	1	2	1	-	3,0		
N-West	-	1	5	1	-	3,0		
Süd	1	2	2	1	-	2,5		

IIc **2-5**

gesamt	-	2	9	6	1	3,3	3	3
-35	-	1	1	-	-	2,5		
35-	-	-	3	1	-	3,3		
45-	-	-	1	3	-	3,8		
55-	-	-	2	1	1	3,8		
60+	-	1	2	1	-	3,0		
N-Ost	-	1	2	1	-	3,0		
N-West	-	-	6	2	-	3,3		
Süd	-	1	1	3	1	3,7		

IIId **2-5**

gesamt	-	1	3	7	7	4,1	4	4/5
-35	-	-	1	-	1	4,0		
35-	-	-	1	2	1	4,0		
45-	-	-	-	3	1	4,3		
55-	-	-	-	-	4	5,0		
60+	-	1	1	2	-	3,3		
N-Ost	-	1	-	2	1	3,8		
N-West	-	-	3	5	-	3,6		
Süd	-	-	-	-	6	5,0		

IIe **1-5**

Gesamt	1	2	7	7	1	3,3	3	¾
-35	-	-	1	1	-	3,5		
35-	-	2	2	-	-	2,5		
45-	-	-	2	2	-	3,5		
55-	-	-	1	2	1	4,0		
60+	1	-	1	2	-	3,0		
N-Ost	1	-	1	2	-	3,0		
N-West	-	2	3	3	-	3,1		
Süd	-	-	3	2	1	3,7		

IIIf **1-5**

gesamt	1	1	3	11	2	3,7	4	4
-35	1	-	1	-	-	2,0		
35-	-	-	1	3	-	3,8		
45-	-	1	1	2	-	3,3		
55-	-	-	-	2	2	4,5		
60+	-	-	-	4	-	4,0		
N-Ost	-	-	2	1	1	3,8	= !	
N-West	-	1	1	6	-	3,6	= !	
Süd	1	-	-	4	1	3,7	= !	

Σ	1	2	3	4	5	Mittel	Median	Modus
----------	---	---	---	---	---	--------	--------	-------

IIIa 1-5

gesamt	5	5	3	3	2	2,6	2	1/2
-35	1	-	1	-	-	2,0		
35-	3	-	-	1	-	1,8		
45-	-	2	1	-	1	3,0		
55-	-	2	-	1	1	3,3		
60+	1	1	1	1	-	2,5		
N-Ost	1	1	-	2	-	2,8		
N-West	2	2	3	1	-	2,4		
Süd	2	2	-	-	2	2,7		

IIIb 1-4

gesamt	5	8	4	1	-	2,1	2	2
-35	2	-	-	-	-	1,0		
35-	3	1	-	-	-	1,3		
45-	-	2	2	-	-	2,5		
55-	-	3	-	1	-	2,5		
60+	1	2	1	-	-	2,0		
N-Ost	1	3	-	-	-	1,8		
N-West	2	3	3	-	-	2,1		
Süd	2	2	1	1	-	2,2		

IIIc 1-4

gesamt	1	11	2	4	-	2,5	2	2
-35	1	-	1	-	-	2,0		
35-	-	2	-	2	-	3,0		
45-	-	3	1	-	-	2,3		
55-	-	4	-	-	-	2,0		
60+	-	2	-	2	-	3,0		
N-Ost	-	2	-	2	-	3,0		
N-West	-	4	2	2	-	2,8		
Süd	1	5	-	-	-	1,8		

III d 1-4

gesamt	3	11	3	1	-	2,1	2	2
-35	1	-	1	-	-	2,0		
35-	1	1	1	1	-	2,5		
45-	-	3	-	-	-	2,3		
55-	1	3	1	-	-	1,8		
60+	-	4	-	-	-	2,0		
N-Ost	-	3	-	1	-	2,5	!	
N-West	-	5	3	-	-	2,4	!	
Süd	3	3	-	-	-	1,5	!	

IIIe 1-5

gesamt	1	9	3	3	2	2,8	2	2
-35	1	-	1	-	-	2,0		
35-	-	2	-	-	2	3,5		
45-	-	2	1	1	-	2,8		
55-	-	4	-	-	-	2,0		
60+	-	1	1	2	-	3,3		
N-Ost	-	2	-	1	1	3,3	!	
N-West	-	2	3	2	1	3,3	!	
Süd	1	5	-	-	-	1,9	!	

III f 1-5

gesamt	3	9	3	2	1	2,4	2	2
-35	1	-	1	-	-	2,0		
35-	1	1	-	1	1	3,0		
45-	-	2	2	-	-	2,5		
55-	1	3	-	-	-	1,8		
60+	-	3	-	1	-	2,5		
N-Ost	-	3	-	1	-	2,5		
N-West	-	3	3	1	1	3,0		
Süd	3	3	-	-	-	1,5		

Σ	1	2	3	4	5	Mittel	Median	Modus
----------	---	---	---	---	---	--------	--------	-------

IVa 1-5

gesamt	1	1	8	6	2	3,4	3	3
-35	1	-	-	1	-	2,5		
35-	-	-	3	1	-	3,3		
45-	-	-	2	2	-	3,5		
55-	-	-	1	1	2	4,3		
60+	-	1	2	1	-	3,0		
N-Ost	-	1	2	1	-	3,0		
N-West	-	-	5	3	-	3,4		
Süd	1	-	1	2	2	4,2		

IVb 1-5

gesamt	2	5	6	4	1	2,9	3	3
-35	-	1	-	1	-	3,0		
35-	1	1	2	-	-	2,3		
45-	-	1	1	2	-	3,3		
55-	-	1	1	1	1	3,5		
60+	1	1	2	-	-	2,3		
N-Ost	-	2	2	-	-	2,5		
N-West	2	-	3	3	-	2,9		
Süd	-	3	1	1	1	3,0		

IVc 1-5

gesamt	1	3	5	6	3	3,4	3,5	4
-35	-	-	-	1	1	4,5		
35-	1	-	3	-	-	2,5		
45-	-	-	2	2	-	3,5		
55-	-	1	-	1	2	4,0		
60+	-	2	-	2	-	3,0		
N-Ost	-	1	1	1	1	3,5		
N-West	1	1	2	4	-	3,1		
Süd	-	1	2	1	2	3,7		

IVf 1-4

gesamt	2	5	8	3	-	2,7	3	3
-35	1	-	1	-	-	2,0		
35-	1	2	1	-	-	2,0		
45-	-	1	2	1	-	3,0		
55-	-	1	1	2	-	3,3		
60+	-	1	3	-	-	2,8		
N-Ost	-	2	2	-	-	2,5		
N-West	1	2	5	-	-	2,5		
Süd	1	1	1	3	-	3,0		